

Der Steinlärbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 3. Oktober 1931

35. Jahrgang

Nummer 40

Der Notwinter mahnt

Kampf der Krise. Mehr Aktivität

„Die Erde bebte!“ — sagte neulich der deutsche Außenminister in Genf. Sie bebte wirklich; denn eine Naturkatastrophe kann sich kaum schlimmer auswirken als das weltwirtschaftliche Erdbeben, dessen fürchtbare Wirkungen immer noch nicht abzusehen sind. Der neueste wirtschaftliche Wetterbericht, den uns das Institut für Konjunkturforschung regelmäßig übermittelt, ist nämlich alles andere als erfreulich. Statt hoffnungsvolle baldige Besserungszeichen in Aussicht zu stellen, rechnet man in der wirtschaftlichen Wetterkarte auch weiterhin mit einem Tiefdruck. Wenigstens kann man noch keine Anzeichen für eine alsbaldige Wirtschaftsbelebung entdecken. Das ist eine sehr bittere Feststellung. Sie ist um so bitterer, weil die wirtschaftliche Notlage breiter Volksmassen einen Grad erreicht hat, der dringende Abhilfe erfordert. Nun hat zwar der Gewerkschaftskongress in Frankfurt auch nicht das Generalrezept fertigstellen können, das geeignet wäre, die Wirtschaftsnote radikal zu beseitigen. Ein derartiges Mittel gibt es überhaupt nicht, da die Wirtschaftskrise als ein Weltübel nicht von einem Punkt aus behoben werden kann. Ohne deshalb fatalistischen Gedanken nachzuhängen oder verkehrte Gewaltrezepte zu fabrizieren, haben wir daher immer wieder die Pflicht, die volks- und weltwirtschaftlichen Tatbestände zu beachten und nach Kenntnis dieser Zusammenhänge die notwendigen und möglichen Schlussfolgerungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik daraus abzuleiten.

Um welche Tatbestände handelt es sich dabei? Zur Beantwortung dieser Frage sei zunächst hier auf den Produktionsindex wichtiger Industrien verwiesen. In diesen Zahlen findet nämlich ein Teil der Wirtschaftstätigkeit einen vielstimmigen Ausdruck. Nach dem Bericht des Konjunkturinstitutes stand der durchschnittliche Produktionsindex wichtiger Industriezweige in Deutschland im Jahre 1929 auf 101,4, im Vorjahre auf 83,6 und im Juli dieses Jahres auf 73,2. Der amerikanische Produktionsindex der verarbeitenden Industrien sank in der gleichen Zeit von 119 auf 96 und stand im Juli auf 83. Einen ähnlichen Rückgang weist die englische Produktionsentwicklung auf, indem der Index von 110,6 im Jahre 1929 auf 80,5 im zweiten Quartal dieses Jahres zurückging.

Noch weit katastrophaler als die rückläufige Bewegung in der Produktion ist die Entwicklung des Beschäftigungsgrades. So errechnet das Institut auf Grund der gewerkschaftlichen Erwerbslosenstatistik in der deutschen Industrie folgende Arbeitslosenquoten: Bollarbeitslose 1928 9,7 Prozent, im Juli d. J. 33,8 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg in der gleichen Zeit von 8 auf 21 Prozent. Die englische Arbeitslosenstatistik beruht nicht auf der gleichen Erhebungsgrundlage. Hier wird nur die Zahl der Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherung erfasst. Nach diesen Ermittlungen waren 1928 in England 10,9, im Juli d. J. 22,7 Prozent der Versicherten arbeitslos. Der amerikanische Beschäftigungsgrad, der im Vergleich zu 1926 im Jahre 1929 noch 97,5 Prozent betrug, war nach dem Konjunkturbericht im Juli auf 70,4 gesunken. Diese Aufzählungen könnte man beliebig fortsetzen, um in anschaulicher Form immer wieder zu zeigen, daß die Krise auch in anderen Staaten wütet, daß sie eine weltwirtschaftliche und nicht nur eine nationale Erscheinung ist.

Wie sehr inzwischen auch den kapitalistischen Wirtschaftsführern die Ereignisse über den Kopf gewachsen sind, zeigt der Aktienindex. Während im letzten Jahre die Aktienkurse noch erheblich über dem Nennwert lagen, die amerikanischen beispielsweise um rund 50 Prozent, hat sich in den letzten Monaten das Bild ganz gewaltig verändert. Die deutschen Aktienkurse beispielsweise, deren indexmäßiger Kurswert im letzten Jahre monatsdurchschnittlich noch mit 109,2 notiert wurde, sanken im Juni d. J. auf 75,9. Inzwischen sind weitere katastrophale Stürze erfolgt. So wurden zum Beispiel die Aktien des zweitgrößten Privatunternehmens in Deutschland, der Vereinigten Stahlwerke, bei der Wiedereröffnung der Börse im September noch mit 26 notiert. Der englische Index für Industriepapiere sank seit 1929 von 199 auf 82 im Juni, der amerikanische Aktienindex in der gleichen Zeit von 191,1 auf 95,1. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess hat demnach auf der ganzen Linie eingesetzt und geht nunmehr auch nicht mehr spurlos an den kapitalistischen Unternehmen vorüber, ganz abgesehen von den großen Pleiten, die wir in letzter Zeit erleben.

Wichtiger als stundenlanges Distillieren über die Ursachen ist der Weg aus der Krise. Dabei werden sowohl nationale wie auch internationale Hebel angegriffen werden müssen. Um bei den internationalen Maßnahmen anzufangen, sei darauf verwiesen, daß neben grundlegenden handelspolitischen, vor allem auch die reparations- und kreditpolitischen Fragen endlich gelöst werden müssen. Um dafür nur ein Beispiel zu erwähnen, sei angeführt, daß der Zinsfuß in Amerika 1,5, in Frankreich 2, in England 4,5, in Deutschland jedoch 8 Prozent beträgt. Dieses unterschiedliche Verhältnis ist nur möglich geworden durch den Krieg und die folgenden Schuldverträge, die zu einer falschen Verteilung des Geldes, zu neuen Auslandsanleihen und den bekannten Kredit Schwierigkeiten leitend geführt haben. Im Vordergrund der internationalen Wirtschaftspolitik wird daher in den nächsten Monaten die Kredit- und Reparationspolitik stehen, die mit den Stillhaltungskonkordaten und dem Hooverjubiläum eingeleitet wurde. Daneben werden aber auch handelspolitische Erleichterungen notwendig, weil die überspannte Zollpolitik der europäischen Staaten und der damit verbundene nationale Protektionismus zwecks künstlicher Hochzucht nationaler Industrien nicht zuletzt die katastrophalen Auswirkungen der Krise verursacht hat. Also Kampf der Krise durch internationale Zusammenarbeit. Leider gibt es dazu sehr wenig Mittel, um ak. die Hemmnisse radikal zu beseitigen, die jedem internationalen Werte entgegenstehen. Nichtsdestoweniger muß trotz der europäischen Vielstaaterei und den nationalsozialistischen Quertreibereien versucht werden, den schwierigen Fragenkomplex zu meistern, weil auch die deutsche Wirtschaft in hervorragendem und unlösbarer Maße mit den Kanälen der Weltwirtschaft verbunden ist. Die Sorgen, mit denen wir dem Notwinter entgegengehen, können aber keineswegs nur auf das Entlastungskonto der internationalen Wirtschaftspolitik gebucht werden. Es muß vielmehr alles geschehen, was im nationalen Rahmen geeignet ist, die Krisennot und das Arbeitslosenelend zu vermindern. Der

Notwinter, dem wir entgegensteuern, und der nach Aussagen des Reichsanzlers Brüning die schwerste Belastungsprobe seit hundert Jahren werden soll, wird nur erträglich sein, wenn das Notwendige und Mögliche geschieht. Notwendig und möglich ist aber ein sozialpolitisches Gebiet eine gerechtere Verteilung des Arbeitsquantums, das heißt, die Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie die Gewerkschaften seit langem dringend fordern. Notwendig ist aber vor allem wirtschaftspolitisch statt des fortgesetzten Lohnabbaues eine durchgreifende Preislenkung, die sowohl durch eine wirksame Verringerung der Kartell- wie auch der Zollpolitik erzielt werden kann. Notwendig ist vor allem eine Erhaltung und Sicherung der heutigen Sozialgesetzgebung, die den Sozialbedürftigen ein ohnehin kümmerliches Existenzminimum bietet. Notwendig ist auch, daß trotz des Gedankenpiels mancher Katastrophopolitiker das

Tarifrecht erhalten bleibt. Und nicht nur das. Nur eine gerechtere Einkommens- und Lastenverteilung sowie ein scharfes Durchgreifen des Staates in der bankrotten, privaten Wirtschaftsführung wird die Grundlage schaffen können, die kommenden Monate ohne Chaos zu passieren.

Die Erde bebte! Jawohl. Und ein Notwinter mahnt. Mahnt die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft, alles zu tun, um mit sozialgerechten und wirksamen Mitteln die Not, soweit sie möglich, zu beschränken. Geschieht das nicht, dann ist das Ende des wirtschaftlichen Erdbebens nicht abzusehen, eines Erdbebens, das, wie gesagt, keine Naturkatastrophe ist, sondern veranlaßt ist durch eine mangelhafte Organisation unserer Wirtschaft.

Straßen in Not!

Die Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Straßenbaugewerbes nahmen am 15. September 1931 zu den gewaltigen Drosselungen des Straßenbaugewerbes Stellung und erhoben gegen diese Maßnahmen, die den völligen Verfall des deutschen Straßenwesens beschleunigen und damit riesenhafte Werte der deutschen Wirtschaft mindern und vernichten werden, in nachstehender Entschließung ihre Stimme.

„Seit Jahren besteht zwischen den Anforderungen des gewaltig gesteigerten Kraftwagenverkehrs und den Leistungen, die Straßen konstruktiv diesem Verkehr anzupassen, ein großes Mißverhältnis. Auf zahlreichen Straßenbautagegängen ist der volkswirtschaftliche Wert guter Straßen und die Produktivität des Straßenbaues im weitesten Sinne anerkannt worden. Große Finanzierungsmöglichkeiten des Straßenbaues sind erörtert, aber nicht zum Abschluß gebracht worden. Unzählige große und kleine Straßenbauprogramme sind von den Ländern, Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden auf lange Sicht aufgestellt worden. Blieb der Straßenbau schon in den Jahren des wirtschaftlichen Gleichgewichts weit hinter den Anforderungen des Kraftwagenverkehrs zurück, so wirt sich jetzt die Finanz- und Wirtschaftskrise für den Straßenbau zur völligen Katastrophe aus. Schon seit zwei Jahren sind die Straßenbaubetriebe und deren Arbeiter nur zu 50 Prozent beschäftigt gewesen. Jetzt, wo die Krise ihrem Gipfel zutreibt, liegen 80 Prozent der Straßenbaubetriebe völlig still, und eine Riesenzahl von Straßenbauarbeitern ist völlig aus der Produktion ausgeschaltet, sie liegen der Arbeitslosenversicherung und den Fürsorgeämtern zur Last.“

Nicht nur für die betroffenen Unternehmer und Arbeiter bringt diese Drosselung des Straßenbaues, die mit einem völligen Abstoppen jeder Tätigkeit gleichzusetzen ist, die größten Nachteile und Nöte, sondern in noch größerer Maße erleidet dadurch die gesamte Wirtschaft ungeheure Verluste. Hunderte von Millionen Reichsmark wurden seit dem Jahre 1924 für die Verbesserung der durch Krieg und Inflation völlig zerstörten deutschen Straßen ausgegeben. Wir schätzen nicht zu hoch, wenn wir feststellen, daß seit der Inflation 4 Milliarden Reichsmark in den deutschen Straßen investiert sind. Diese Werte müssen erhalten bleiben.

Durch die Drosselung des Straßenbaugewerbes aber besteht die riesige Gefahr, daß mangels Pflege und Unterhaltung der im letzten Jahrzehnt gebauten Straßen, diese durch den unerminderten Kraftwagenverkehr völlig zerstört werden. Die Anlage hochwertiger Dauerstraßenbedecken ist in der vergangenen Zeit zu wenig ins Auge gefaßt worden. Aber nur diese hochwertigen Dauerstraßenbedecken werden der durch die völlige Einstellung veranlaßten Niedergangszeit des Straßenbaues widerstehen können; die kostspieligen Versuche mit den vielseitigsten, im Laufe der Jahre auf den Markt geworfenen, neuen Straßenbefeuchtungs-mitteln, die zum Teil in Eigenbetrieben der Verwaltungen gemacht worden sind, haben technisch und wirtschaftlich versagt.

Die Drosselung des Straßenbaues in der jetzigen umfassenden Form bedeutet für die gesamte Volkswirtschaft Riesenverluste durch die Zerstörung zahlreicher Straßenbedecken, die der Personen- und Güterbeförderung nicht mehr zu dienen imstande sind.

Auch in Notzeiten dürfen Straßen — die Instrumente des Verkehrs — in ihrem Bestand nicht vernachlässigt werden. Die Folge dieser gewaltigen Eingriffe in den Straßenbau ist, daß die Unterhaltungen von heute, morgen in doppelter und dreifacher Höhe bezahlt werden müssen. Wenn die geringen Mittel nicht aufgebracht werden, die heute die Sicherung des Bestandes der Straßen garantieren, so werden morgen — nach der erfolgten Zerstörung der Straßen — um der gesamten Wirtschaft willen doppelt und dreifach höhere Summen ausgegeben werden müssen, um das Zerstörte wieder herzustellen.

Zehntausende von Arbeitskräften können zur Bewältigung der Aufgaben des deutschen Straßenbaues Arbeit erhalten. Das Gutachten der Brauns-Kommission wies mit Nachdruck auf die Unterbringung eines großen Teiles der Arbeitslosen im Straßenbau hin. Jetzt aber steht das Straßenbaugewerbe vor dem völligen Zusammenbruch. Mittel und Wege sind genug gewiesen worden, den seit zwei Jahren dahinegegerenen Straßenbau zu heben. Die Errungnisse der Kraftfahrzeug- und Betriebsstoffsteuern sind vor allen Dingen in größerer Maße den Zwecken des Straßenbaues zuzuführen. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten muß die einheitliche Aufnahme großer Straßenbauanleihen, die durch Teile des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer zu verzinsen und zu amortisieren sind, angestrebt werden. Die Verwendung heimischer Baustoffe muß in diesen Notzeiten das Gegebene sein. Nebenbei müssen die Auftragnehmer des Straßenbaues eine besondere Sorgfalt den Auftragnehmern widmen. Unzuverlässigen und spekulierenden Elementen dürfen Straßenbauten nicht übertragen werden, wenn sie auch die billigen Versicherungen durch Nichtzahlung der Beiträge und der Staat durch Nichtzahlung der Steuern um Tausende von Mark gebracht worden. Daher dürfen Straßenbauarbeiten keinesfalls wirtschaftlichen Abenteurern — die vom Straßenbau keine Sachkenntnis haben und dadurch die niedrigsten Preise fordern — zur Ausführung von den auftraggebenden Behörden übergeben werden.

Straßen und Straßenbaugewerbe sind in höchster Not; ungeheure Werte der Volkswirtschaft sind noch zu retten, wenn im letzten Augenblick für die Erhaltung der Straßen und des Straßenbaugewerbes die Kräfte des Reiches, der Länder, der Städte und der Gemeinden angespannt werden. Die Zeit drängt zu diesen Maßnahmen; sollen die Straßen für ihre wirtschaftliche Aufgabe als Instrument der Beförderung und Verteilung der Güter der Wirtschaft erhalten bleiben, so ist keine Zeit zu verlieren.“

Nach 41jähriger Gewerkschaftsarbeit in den Ruhestand



A. Knoll.

Wir etwas näher zurück auf diese schwere und oft unantbare Arbeit, die in diesen Jahren von ihm geleistet worden ist.

Am 1. Mai 1890 erschien die 1. Gewerkschaftszeitung der deutschen Steinseherbewegung. Von dem damaligen Vorsitzenden des Steinsehergesellenverbandes, Louis Kollt, wurde

Die Berichte von dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt meldeten in aller Kürze, daß neben anderen Mitgliedern des Vorstandes des DGB. unser Kollege Alexander Knoll von seiner Tätigkeit wegen vorge-rückten Alters zurückgetreten ist. Am 15. Oktober verläßt er sein bisheriges Amt. Damit ist sein äußerlich eine Zeitspanne von 41 Jahren zum Abschluß gebracht worden, in der Kollege Knoll sein Bestes für die Gewerkschaftsbewegung gegeben hat. Doch schauen wir uns noch ein wenig an.

Knoll im Alter von 27 Jahren als ständiger Mitarbeiter bestellt. Wenn man diese alte Zeitschrift durchblättert, so findet man, daß die geistigen Qualitäten Knolls, soweit sie sich in seinen Artikeln offenbaren, die Zeitungsbeiträge anderer schon bedeutend übertrafen. Dies ist fast unbegreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Kollege Knoll nur einen ganz notwendigen und lidenhaften Schulunterricht genossen hat. Die Zeit seiner ersten gewerkschaftlichen Tätigkeit war aber gleichzeitig eine Zeit schweren Ringens um die Richtung des im Jahre 1886 gegründeten Steinseherverbandes. Junftorganisationen und Gewerkschaft rangen miteinander! Und Knoll war es, der sich in ganz kurzer Zeit zum unbefristeten Führer der gewerkschaftlichen Richtung entwickelte. Die Schwierigkeiten und Kämpfe, die sich diesem Beginn entgegen stellten, waren in jener Zeit, in der die deutschen Steinseher fast durchgängig noch allen freien Regungen fremd gegenüberstanden, außerordentlich groß. Der Kampf um die Richtung des Verbandes wurde darum in der Hauptsache in Berlin, der größten Zahlstelle des Verbandes, ausgetragen. Doch nach verhältnismäßig kurzer Zeit war der Weg geebnet, der im Jahre 1892 zum 3. Verbandstag des Verbandes der Steinsehergesellen Deutschlands führte, auf dem dann die gewerkschaftliche Richtung unter Führung Knolls sich endgültig durchsetzte; er wurde auf diesem Verbandstage in Stettin zum 1. Vorsitzenden des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossenschaften Deutschlands und zum Redakteur der neu gegründeten „Allgemeinen Steinseherzeitung“ gewählt. Doch der Sieg der gewerkschaftlichen Richtung des Steinseherverbandes war kein ungetrübter. Die Anhänger der Junftorganisation verließen die gemeinsamen Reihen. Hier war es die große Aufgabe des Kollegen Knoll, unter langwierigen Schwierigkeiten diese Kreise wieder dem Verbande zuzuführen. Die geringe damalige Mitgliederzahl des neu geschaffenen Steinseherverbandes ließ eine Freistellung der Kraft des 1. Vorsitzenden nicht zu. Bei Tage schwang Kollege Knoll den Pflasterhammer und nach Feterabend mußten die umfangreichen Verbands-geschäfte erledigt werden. Trotz der äußerlichen Schwäche der Bewegung wurde im Jahre 1894 der 13 Monate dauernde Streik der Stettiner Steinseher als erster Großkampf unter der unmittel-

Barren Führung Knolls erfolgreich durchgeführt. Der zweite Verbandstag in Halle an der Saale zeigte den Erfolg und den Sieg der gewerkschaftlichen Richtung vollkommen. Nahezu 2000 Mitglieder umfaßte der Verband in 46 Zahlstellen. Hier erst erfolgte die Feststellung Knolls mit einem Jahresgehalt von 1400 Mark. Und nun ging es aufwärts unter der umsichtigen Leitung Knolls, der in einer Person die Aemter des Vorsitzenden, des Redakteurs und des Hauptkassierers auf sich vereinigte. Die Jahrhundertwende brachte den Mitgliederbestand auf über 4000. Dazu kamen erfolgreiche Streiks in einer ganzen Reihe deutscher Großstädte. Der Verband erreichte den Kinderhühen! Im Jahre 1902 wurde Knoll durch den Stuttgarter Gewerkschaftstongreß in die damalige Generalkommission berufen, der er ununterbrochen bis zum Jahre 1919 angehörte. Die weitere Tätigkeit Knolls in diesen Jahren war nicht minder erfolgreich. Durch das von ihm angeregte und vervollkommnete Gauleiteringssystem wuchs die Mitgliederzahl des Steinlegerverbandes im Jahre 1907 auf über 10.000. Jetzt war der Steinlegerverband in allen Gebieten Deutschlands heimisch geworden. Ueberall hatte Knoll die ersten Kräfte zum Zusammenschluß angeregt und gefördert. Der Tarifforderungen setzte sich stetig durch, der Schutz der Straßenbauarbeiter und ihrer Interessen durch den Verband wurde das Gegebene. Das Vertrauen zum Verbandsführer und seiner Führung wurde nie getrübt. Kurz vor dem Kriege stieg die Mitgliederzahl auf über 12.000. Der Krieg zerstörte das von Knoll aufgeführte Werk, ohne aber den Organisationsgedanken dauernd zu schwächen. Sofort nach dem Kriege füllten sich die Reihen wieder. Trotz Not und Nachkriegselend führte Knoll den Verband der Steinleger zu weiteren Erfolgen. Der Reichstaxiparagraf entsprang seiner Initiative. Im Jahre 1919 wählte der Nürnberger Gewerkschaftstongreß den Kollegen Knoll in den neuen Bundesvorstand als Bundessekretär. Am 1. Oktober des gleichen Jahres schied er aus dem Wirkungskreis seines Steinlegerverbandes aus. Seine literarischen Arbeiten wurden mit der „Geschichte der Straße und deren Arbeiter“ gekrönt, die er nicht nur als reine Organisationsgeschichte, sondern als eine Kulturgeschichte überhaupt behandelte. Mit diesem bleibenden Denkmal seines Wirkens bereicherte er die Gewerkschaftsliteratur auf das Beste.

Zu der vielseitigen gewerkschaftlichen Arbeit unseres Kollegen Knoll ist zusammenfassend zu sagen, daß es ein Leben schwerer Arbeit, aber auch schöner Erfolge gewesen ist. Die Arbeiter des Straßenbaugewerbes danken ihm für sein vorbildliches Wirken zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands aber ist stolz darauf, den Kollegen A. Knoll in seinem Mitgliederbestand zu führen. Im Namen der gesamten Mitgliedschaft wünschen wir unserem sich zurückziehenden Kollegen einen langen und freundlichen Lebensabend.

Europäische Arbeitsbeschaffung

Der kürzlich in Genf tagende Unterausschuß des Europa-Ausschusses für die öffentlichen Arbeiten befaßt sich mit einem vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts vorgelegten Programm öffentlicher Arbeiten in europäischem Ausmaße. Angesichts der politischen Zerrissenheit Europas und des unter den Mächten noch immer herrschenden Mißtrauens kann leider von der Aufstellung eines einheitlichen internationalen Programms für Europa noch nicht gesprochen werden. Immerhin liegen bereits eine Reihe von Projekten vor, die zur Zeit einer Beratung unterzogen werden. Es muß hier von vornherein festgestellt werden, daß das Internationale Arbeitsamt sich nicht dem Glauben hingibt, durch diese öffentlichen Arbeiten die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder auch nur in nennenswertem Maße zu beeinflussen. Trotzdem werden diese großen internationalen Arbeiten ein Hilfsmittel sein können zur Linderung der Arbeitslosigkeit, genau so wie es im nationalen Rahmen gewisse Koststandsarbeiten sind. Dazu kommt, daß diese Arbeiten geeignet sind, die wirtschaftliche Tätigkeit in zahlreichen Ländern anzukurbeln, Vertrauen und Zuversicht zu erwecken und den kapitalarmen Staaten einige langfristige Kredite zu sichern. Insbesondere die Kreditfrage muß von den Organen des Völkerbundes und vor allem des Europa-Ausschusses einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Zu den geplanten Arbeiten gehört die Anlage eines ausgedehnten internationalen Straßennetzes. Gewiß verfügt Europa über eine große Anzahl guter Straßen, in einigen Ländern können diese sogar als vorbildlich bezeichnet werden. Kann man aber in der heutigen Zeit, da sich der Automobilverkehr mit ungeheuren Ausmaßen entwickelt, behaupten, daß auch nur ein einziges dieser Netze den Bedürfnissen des internationalen Verkehrs

entspreche? In allen fortgeschrittenen Ländern Europas baut man besonders Autostraßen, die miteinander verbunden werden müssen. Dieses internationale Straßensystem müßte gewisse Hauptlinien aufweisen, von denen die eine etwa von Paris über Wien nach Athen, die andere von Paris über Berlin nach Warschau und Moskau, eine dritte über die Alpen und eine vierte vom Baltikum über die Ostsee hinaus führen würde. Damit erhielte das geante Europa, auf das man gegenwärtig hinarbeitet, ein Nervensystem. Neben dem Straßennetz bedürfen die Schiffsfahrtswege eines weiteren Ausbaues. Gewisse Flußsysteme sind bereits ausgebaut. Es handelt sich nun darum, zwischen ihnen eine Verbindung herzustellen, vom Rhein zur Rhone, von Norddeutschland zur Donau.

In beschränktem Umfang ist man auch schon darangegangen, elektrische Leitungen über Ländergrenzen hinweg zu legen, und diesbezüglich ist man schon zu Abkommen zwischen der Schweiz einerseits und Frankreich, Deutschland und Italien andererseits sowie zwischen Frankreich und Belgien gelangt. Ja, die belgische Regierung hat bereits in einer dem Studienauschuß für europäische Zusammenarbeit im Januar 1931 vorgelegten Denkschrift das Problem der internationalen Verteilung der elektrischen Kraft aufgeworfen. Auch hier handelt es sich um ein Unternehmen von höchstem Nutzen, das gleichfalls dazu beitragen würde, Europa eine einheitliche wirtschaftliche Gliederung zu geben. Daneben würde ein solches Unternehmen auch zu erheblichen Lieferschlüssen führen, die einer Reihe von Ländern zugute kommen würden.

Eine andere Arbeit, die in internationalem Ausmaße durchgeführt werden könnte und eine schon seit langem dringend notwendig gewordene Arbeiterschutzmaßnahme darstellt, wäre die allgemeine Einführung der automatischen Kupplung auf sämtlichen Eisenbahnen, da die heute noch gebräuchliche Handkupplung zahlreiche Menschenopfer fordert. Allein in bezug auf die deutschen Verhältnisse gibt das Internationale Arbeitsamt, gestützt auf die Angaben von Sachverständigen folgende Zahlen an: 750.000 Eisenbahnwagen wären mit der neuen Kupplung zu versehen, die Kosten würden sich auf etwa 2 Milliarden Schweizer Franken belaufen. Hieron würden nur etwa ein Fünftel auf das Material und vier Fünftel dagegen auf die Löhne entfallen. Bei einem Tageslohn von 10 Schweizer Franken und einer fünfjährigen Dauer dieser Arbeiten könnten also allein in Deutschland während dieser Zeit 100.000 Arbeiter beschäftigt werden. Ganz Europa zählt aber jehmal sozial Eisenbahnwagen wie Deutschland. Es könnten mithin 600.000 Arbeiter fünf Jahre lang beschäftigt werden, wenn man diesen nützlichen Plan zur Durchführung brächte. Zweifellos ist die Finanzierungsfrage von entscheidender Bedeutung. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts ist jedoch in bezug auf die Möglichkeiten der Geldbeschaffung optimistisch, um so mehr als gegenwärtig ungeheure Kapitalsummen nach einer zweckmäßigen Anlage suchen. Die Pläne des Direktors des Internationalen Arbeitsamts werden in einer gewissen Presse mit Spott und Hohn übergossen und als Utopie und „Patentlösungen“ belächelt. Schon mehr als einmal ist in der Welt die Utopie zur Wirklichkeit geworden. Soweit es sich um die gemeinsamen Arbeiten in Europa handelt, wird diese Utopie sogar zu einer zwingenden Notwendigkeit. Wenn die absterbende Privatwirtschaft die Bedeutung der notwendigen kollektiven Anstrengungen nicht erkennt, wird sie noch vor der Zeit ins Grab sinken, die ihr die Geschichte zugemessen hat.

Der vorstehende Artikel, der wegen anderer wichtiger Mitteilungen zweimal zurückgestellt werden mußte, hat immer noch für unsere Verbandsmitglieder informative Bedeutung. Zu der Sache selbst haben sich bereits die Regierungen Deutschlands, Österreichs und Belgiens im zunehmenden Maße geäußert. In den bisher bekann gewordenen Äußerungen wird besonders der Straßenbau als dringend hervorgehoben.

Die englische Finanzkrise und ihre Folgen

Das reiche England, das selbst die Goldwährung geschaffen und sie zur Grundlage des Geldwesens der ganzen Welt gemacht hat, ist gezwungen worden, diese Goldwährung aufzugeben. Das ist ein Vorgang, der bisher als unfassbar angesehen wurde. Was unter anderen Umständen niemals eingetreten wäre, hat die gegenwärtige Geldkrise zugebracht. Die Bank von England, dieser Hort des internationalen Kapitals, sah sich gezwungen, zu kapitulieren. Seit Menschengezeiten war London der starke Finanzier der ganzen Welt. Der Krieg hat die Weltstellung Englands nicht nur finanziell, sondern auch politisch und wirtschaftlich erschüttert. Trotz alledem war London noch immer ein starker

Posten in der internationalen Wirtschaft. Nun sah sich England gezwungen, die Einlösung des Pfundes gegen Gold außer Kraft zu setzen. Dies ist ein Ereignis von ungeheurer Schwere. In welcher Weise die Weltwirtschaftsstruktur dadurch verhärtet werden wird, vermag im Augenblick niemand zu überblicken. Als die Finanzkrise in Oesterreich ausbrach, machte man sich darüber keine allzu großen Gedanken. Bedenklicher wurde die Sache schon, als Deutschland in jene fürchterliche Zwangslage hineingeriet. Aber gegen Deutschland war man mehr oder weniger misstrauisch, um schließlich doch einzusehen, daß es sich hier um eine Auswirkung der Weltkrise handelte, die sehr ernst zu nehmen ist. Und nun folgt England. Allein die Nachricht, daß die Goldwährung in England für eine Zeit aufgehoben ist, bewirkte, daß die Börsen nicht nur in London, sondern auch in Berlin, Amsterdam, Stockholm und an anderen Geldplätzen der Welt geschlossen wurden. Nur Frankreich und USA. hielten ihre Börsenläufe geöffnet. Der Zusammenbruch der englischen Währung hat verschiedene Ursachen. England war stark an dem Zusammenbruch in Oesterreich und Deutschland beteiligt. Durch das Stillhalteabkommen mit Deutschland sind 14 Milliarden Mark englische Kredite festgefroren. Der Wechsel der englischen Regierung, die überstürzten Maßnahmen zur Sanierung der englischen Finanzen, der Streik der englischen Regierungsflotte und mehrere andere Gründe wirkten zusammen, um das Weltkapital misstrauisch zu machen. Es begann jenes rasche Abziehen der ausländischen Guthaben, wie wir es zuvor in Deutschland erlebt hatten. Die Bank von England hat in zwei Monaten etwa 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark an Gold und Devisen verloren. Die Abzüge hatten in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch eine derartige Höhe erreicht, daß sich die englische Regierung am Sonnabend, dem 19. September, gezwungen sah, die Gold-einlösungspflicht der Bank von England außer Kraft zu setzen. Das waren die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des größten Weltzentrums geführt haben.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu eigentümlichen Zuständen geführt. Das Gold, jenes gelbe Metall, an das sich die Kulturwelt auf Gedeih und Verderb gebunden, hat sich an bestimmten Punkten festgesetzt. Newyork und Paris verfügen über zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der Erde. Von den monetären Goldbeständen der Welt in Höhe von 51,6 Milliarden Mark besitzt USA. 20,8 Milliarden und Frankreich 9,3 Milliarden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Goldbestand in Frankreich in Höhe von 226 Mark, in USA. von 170 Mark, in England von 73 Mark und in Deutschland von 23 Mark. An diesen Zahlen kann man ersehen, wie sich die internationale Macht verschoben hat. Nicht nur die wirtschaftliche Macht, sondern auch die politische hat sich in diesen beiden Ländern konzentriert. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer weltwirtschaftlich nicht zu ertragen. Es geht nicht an, daß zwei Länder angänglich auf ihren Goldbeständen sitzen und die übrigen dadurch zu Sklaven gemacht werden. Würde die internationale Solidarität der Völker der Welt leerer sein, dann wäre diese Krise recht bald behoben. Aber ohne Konzeptionen politischer und wirtschaftlicher Art werden Frankreich und die Vereinigten Staaten nicht bereit sein, auf ihre Machtposition zu verzichten.

Das Schicksal der Arbeiterklasse in Deutschland, England und vielen anderen Ländern ist jetzt erneut in Frage gestellt. Der Aufstieg aus dieser fürchterlichen Lage wird sich nun um so schwieriger gestalten. Es werden Pläne erwogen, das Pfund auf der Basis von vier Dollar gleich 16,80 Mark zu stabilisieren. Dadurch würde eine künstliche Schutzmauer um England errichtet und der Weltmarkt sehr gestört werden. Nach England geht ein großer Teil der Industriewaren der europäischen Exportstaaten. Durch eine Entwertung der Sterlingwährung würden diese Länder Schwierigkeiten großer Art zu überwinden haben, um ihre Handelsbilanz auszugleichen. Für Deutschland kommt noch hinzu, daß der deutsche Export in der Sterlingwährung finanziert wurde. Alle Finanztransaktionen, die in Pfund vorgenommen wurden, stehen heute mehr oder weniger ungesichert da. Die Verluste werden nicht gering sein. Man kann im Augenblick die mutmaßlichen Folgen der englischen Finanzkrise nur andeuten. Eins ist jedenfalls sicher: die Liquidation der Weltkrise wird wiederum auf eine längere Zeit hinausgeschoben. Das Elend der Massen, diesseits wie jenseits des Ozeans wird anhalten und sich noch verschlimmern. Wir stehen vor einem fürchterlichen Winter. Durch solche Katastrophen werden alle Maßnahmen, diesen Winter einigermaßen heil zu überwinden, wiederum in Frage gestellt. Es scheint fast, als ob alle Teufel losgebunden wären, damit die Menschheit nie zur Ruhe und in den Genuss eines sorgenfreien Daseins kommt. Der Kapitalismus wird durch einen scharfen Sturm geschüttelt. Leider müssen die Völker darunter entsetzlich leiden. Wann kommt endlich die Befreiung von diesen unsichtbaren Ketten?

Aus dem Wetterwinkel



In dieser für das Arbeitsvolk so kühnen Zeit, die verhältnismäßig die Männer vom Bau und die Steinklopfer aller Gattungen doch wohl am schlimmsten heimsticht, gibt es doch hin und wieder eine heimliche Freude. Von dieser Freude, auch wenn es eine spitzbüßige Schadenfreude ist, will ich vorzüglich an dieser Stelle berichten. Der Sachverhalt ist folgender: Ende August ist in Amsterdam, also in Holland, ebenfalls eine Bank trafen gegangen, die „Amstelbank“. Das ist ja an und für sich keine Sonderheit, zumal in Deutschland so etwas seit Jahr und Tag oft passiert. Aber der Zusammenbruch der Amstelbank hat so allerhand als Tatsache enthüllt, was die Späßen in Deutschland und Oesterreich schon längst von den Dächern pfeifen. Nämlich über die Kapitalflucht aus diesen Ländern. Die Namen dieser Kapitalbesitzer müßten mit brennenden Lettern in die Geschichte dieser Länder eingeschrieben werden, denn diese Sicherheitskandidaten — das ist noch ein Sonntagsname für solche Verbrecher am Volk — haben in der schwersten Not ihr Heimatland verraten und sind nach unserer Ansicht nicht besser zu behandeln wie der erbärmlichste und niederträchtigste Hochverräter. In den Augen der Kapitalisten haben sie natürlich nichts Unrechtes begangen, sondern sich durch den Zusammenbruch der Bank nur erwiesen lassen, wie sie ihr „Privateigentum“ in Sicherheit brachten. Die österreichischen Helden sind nicht nur die bekanntesten österreichischen Künster von der Wiener Staatsoper und dem Burgtheater, sondern auch Kreise der österreichischen Hocharistokratie. Man nennt unter den Einlegern Prinz Fürstenberg mit 75.000 Dollar, Prinzessin Hohenlohe mit demselben Betrag, Graf Harrach mit 13.000 Dollar, Graf Herdegg mit 14.000 Dollar, Baron Gausch mit 147.000 Dollar, Baron Clomekty mit 52.000 Dollar, die Grafen Pallavicini mit 98.000 Dollar, die Grafen Traun mit 50.000 Dollar und Graf Drastovich mit 30.000 holländischen Gulden. Bekannt geworden ist aber auch, daß ein sogenannter Herr aus Deutschland: Max Wallenberg und seine Frau Frieda Massary bei der Amstelbank in Amsterdam eine anständige Summe verloren haben. Sie hatten dort ihre Ersparnisse in Höhe von 227.000 Dollar — rund 1 Million Reichsmark — untergebracht und verlieren durch den Crash der Bank davon rund zwei Drittel. Herr Wallenberg schraubt nun Rache, er kündigte öffentlich an, daß er in der Welt umherreisen werde, um einen Vortrag gegen die Direktoren der Amstelbank zu halten, und daß er sich ein Theaterstück „Die Amstelbank“ schreiben lassen werde, in dem er die Rolle des Bankdirektors spielen wolle. Herr Wallenberg und seine Frau Frieda Massary lebten in der fröhlichen Gewißheit: es kann mir ja nichts geschehen, denn ich habe mein Dollarguthaben! D jämmerlicher Irrtum: zwei Drittel des Dollarguthabens bei der feinen ausländischen Bank sind futsch! cato!

Wer ist nun dieser Herr Wallenberg? Er ist ein großer Komiker, ja Schauspieler von Beruf, und hat sich sicher schon in allen namhaften Theatern Deutschlands produziert. Er hat nun vor Hut die Befinnung verloren. In Deutschland hat er die große Summe „ver-

dient“, ja, aber er hat gewiß keinen Anlaß, sich als einen besonders beklagenswerten Mann hinzustellen. Der Verlust seiner Dollars trifft ihn weniger als einen Steinklopfer in Deutschland der Verlust seiner Arbeitsstelle!

Wenn Herr Wallenberg in öffentlichen Vorträgen sich beklagen will, so gibt der SPD-Pressedienst allen den guten Rat: Geh hin und pfeif ihn aus! Fragt ihn: Wallenberg, kennst du die Kapitalfluchtnotverordnung mit der Juchthausandrohung? Wallenberg, hast du deine Dollars angemeldet? Wallenberg, was willst du bei uns, geh hin, wo der Dollar wächst! Hier gibt es nur ganz gemeine, dreidige deutsche Reichsmark! Wie gelagt, über diesen Vorgang habe ich mich unendlich gefreut und mein kümmerliches Abendbrot mit Schwarzbrot und Kaffeelorte hat mir, an dem Abend, wo ich das lesen konnte, sehr gemundet. So müßte es allen denen gehen, die in schwerster Not den Lebensnerv der Wirtschaft und des Arbeitsvolkes haben vernichten helfen.

Außer diesem Wallenbergischen Jammer, der in Arbeiterkreisen durchaus kein Mitgefühl aufkommen läßt, gibt es täglich immer etwas, worüber man im Stillen schmunzelt. Man darf nur in dieser gräßlichen Zeit sich den Sinn für Humor nicht verkümmern lassen. Das nachstehende Interat, auf das mich ein Freund aus der Steinklopferzunft aufmerksam machte, ist nun von ganz besonderer Art, um komisch zu wirken. In der Zeitschrift „Das Bayerland“, 41. Jahrgang, Nr. 14, kann man lesen:

Schloßbrauerei und Granitwerke
Friedensfels (Obpf.)
laden zum Besuch ihrer
Gast- und Werkstätten ein
Gut gepflegte, vorzügliche Lager- und Spezialbiere
Künstlerische Grabsteine aus Hartgestein.

Habe das Inserat mehrere Male gelesen, und zwar ganz langsam, genau Wort für Wort, ob etwa ein Druckfehler das Groteske des Inhalts verschuldet haben könnte. Nein! Es ist Tatsache, daß Bier- und Grabsteinproduktion ein Unternehmen darstellt. Und was für Perspektiven sich daraus ergeben. Einige Jahrzehnte rückschauend, sehe ich im Geiste den müde gearbeiteten bayrischen Graniter mit dem schweren Hammer den Steinbrocken stoßen, sehe, wie ihm sein Arbeitgeber den erfrischenden „gut gepflegten“ Trunk, zur Arbeit ansparnend, kredenz, öfter kredenz, um am Jahrtag den Lohn zu sparen; denn nach altkennanter bayrischer Biertrinkeransicht soll ja das Bier „großen Nährwert“ haben, was neuerdings sogar ärztliche „Wissenschaftler“ im Dienste aller Brauereien in allen Tagessitzungen lang und breit behaupten. Dann sehe ich ferner per Distanz, wie die Genießer der „gut gepflegten, vorzüglichen Lager- und Spezialbiere“ schließlich von den Gaststätten in die „Werkstätten der Granitwerke“ toren und die „künstlerischen Grabsteine aus Hartgestein“ beäugeln, kritisieren, befühlen, ob sie wirklich auch hart sind, schließlich die Zahl der Graniter doppelt oder gar dreifach sehen und eventuell ihrer besseren Hälfte so einen künstlerischen Stein mit allerhand Stengels- und Schmedengewir oder mit wer weiß was für Verzierungen mitbringen. Oh, das ist wirklich ein atemberaubendes Unternehmen, da in Friedensfels zu Oberstanten: „Brauerei und künstlerische Grabsteine!“ Der Rabbi Ben Abba hat also doch nicht recht gehabt, wenn er behauptete, daß „alles schon dagewesen“ sei.

Vor nicht langer Zeit hatte ich an „meinem“ Steinhäufen und bei grimmigem Hammer Schlag eine sehr anregende Unterhaltung mit einem Herrn, der in der Steinklopperlei aller Art sehr gut bewandert war. Ich schähe ihn ein als technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft oder so etwas Ähnliches. Nachdem in der Unterhaltung so allerhand Wortgebilde behandelt waren wie Schotter, Kleinschlag, Splitt, kapores, kaputt, kapott usw., fragte er mich, was ich unter „Niederstapler“ verstehe. Nun, das wußte ich natürlich nicht sofort; habe wohl schon von „Hochstapler“ gehört, sagte das auch, und siehe da, ein „Niederstapler“ ist das Gegenteil von einem „Gauner“, der sich durch weltmännische Formen Zutritt in vornehme Kreise zu verschaffen versteht“, so wenigstens kann man es in einem Lexikon nachlesen, was Hochstapler bedeutet. Und ein Niederstapler? — von dem das Lexikon allerdings nichts vermerkt, ist kein Gauner, sondern ein Mensch, der trotz seines Studiums, seines Dokortitels und anderem wissenschaftlichen Primordiums, wenn es den Mann nicht ändert, sich nicht scheut, eventuell Steine zu kloppen, um sein Leben zu fristen, und dabei aber niemals und niemandem verrät, was für ein anderes Metier er hatte. Na, oft wird das ja nicht vorkommen, aber es soll schon passiert sein, daß jemand auf diese Art „Niederstapelt“, deshalb wurde das eigenartige Wort gefunden oder entdeut. Wir haben dann noch darüber debattiert, ob es richtig ist, in der Steinbrucharbeit den für das Sprengen Verantwortlichen, — „Schießmeister“ oder „Sprengmeister“ zu nennen. Bekannt ist wohl allen Steinkloppern, daß die mit den Sprengarbeiten zusammenhängenden Begriffe, Werkzeuge usw. auch oft mit Ausdrücken bezeichnet werden, die von dem Wortstamm „Schießen“ abgeleitet sind. Es erhebt sich da die Frage, welcher Wortstamm, „Schießen“ oder „Sprengen“, der richtige ist, oder ob beide Worte sinnerwandte nebeneinander stehen.

Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften für Sprengarbeit, die bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften seit über 1 1/2 Jahren in Geltung sind und auch in nächster Zeit bei der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Eingang finden sollen, führen z. B. 101mal von dem Stamm „Sprengen“ abgeleitete Worte und Wortzusammensetzungen und 68mal solche von dem Stamm „Schießen“ auf. In diesen Unfallverhütungsvorschriften werden beide Worte und ihre Ableitungen im Wechsel gebraucht. So sprengt der Schießmeister und verwahrt die Sprengstoffe in einer Schießkiste. Einmal gibt er das Warnungssignal beim Schießen und vier Zeilen weiter bei der Sprengung. Die Unfallverhütungsvorschriften haben für die Belehrung und Anweisung des einfachen Arbeiters zu dienen. Es muß da unbedingt Klarheit und Stetigkeit im Ausdruck gefordert werden.

Welcher Wortstamm ist nun der richtige? „Schießen“ bezeichnet stets eine schnelle Bewegung in bestimmter, gewollter Richtung. So wird die Kugel aus dem Lauf geschossen; der Raubvogel schießt wie ein Blick auf seine Beute; der Wäder schießt das Brot in den Ofen; der Weber läßt den Schützen schießen usw. „Sprengen“ dagegen ist das Bestreben, einen Körper durch innere Spannung zum Zerplatzen zu bringen. Die auslösende Kraft kann dabei sowohl von innen wie von außen angreifen. Die Bewegung der Körperteile ist unbestimmt und kann nur gemutmaßt werden. Man sprengt Steine; eine Versammlung wird gesprengt; eine Flüssigkeit wird verprengt; jemand sprengt seine Feiern usw. Es sind also „Schießen“ und „Sprengen“ keine sinnerwandten Begriffe. Alle Bezeichnungen, die für die Ausführung von Arbeiten

Antwortschaft für die Arbeitslosenunterstützung

Haben schon die Notverordnungen der letzten Zeit in ganz gewaltigem Maße die Leistungen der sozialen Versicherungseinrichtungen geschwächt, so scheint neuerdings die Rechtsprechung diesem Beispiel folgen zu wollen.

Nach § 95 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes lauten die Bestimmungen über die sogenannte Antwortschaftszeit für den Erhalt der Arbeitslosenunterstützung: „Wird die Unterstüttung erstmalig nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragt, so ist die Antwortschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 2 Jahren wenigstens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.“

Änderung der Vorschriften über die berufsbildliche Arbeitslosigkeit. Kollegen, beachtet die Neuordnung! Die Beschäftigungslosigkeit, die in regelmäßiger Wiederkehr eintritt (bei Bauarbeitern usw.) wird bekanntlich als berufsbildliche Arbeitslosigkeit (Saisonarbeitslosigkeit) bezeichnet.

mit Sprengstoffen in Betracht kommen, können also nur von dem Stamm „Sprengen“ abgeleitet werden.

Der Sündenbock für die Verwechslung beider Begriffe ist — sagte der sachkundige Plauderer am Steinhäufen — im Bergmann zu suchen. Dieser hat vermutlich durch Vergleich des Laufes einer Waffe mit einem Bohrloch den Begriff des „Schießens“ auf das „Sprengen“ übertragen.

Wie gut man ohne falsche Ableitungen von dem Wortstamm „Schießen“ auskommen kann, zeigt die Sprengvorschrift für die Pioniere, die auf 263 Seiten fast alle Sprengarbeiten behandelt. Es finden sich in dieser Vorschrift nur sieben falsche Ableitungen.

Lassen wir dem Bergmann und seinen Nachbarn neidlos ihren alten Zopf. Für alle, die in der Industrie der Steine und Erden und im Tiefbau Sprengen, gibt es für alle Begriffe im Umgang mit Sprengstoffen nur die Ableitung von dem Wortstamm „Sprengen“.

Dieser Beweisführung, die allerdings nicht von mir stammt, sondern von dem erwähnten Sachverständigen an meinem Steinhäufen, konnte ich mich nicht und kann sich wohl keiner, der die Sprengarbeit im Steinbruch praktisch betreibt, verschließen.

1931 wesentlich geändert worden. Nunmehr ist folgendes angeordnet:

Der Arbeitslose wird nur noch dann dem Saisonberuf zugezählt, wenn er in den letzten 52 Wochen seiner versicherungspflichtigen Beschäftigung mindestens 26 Wochen in dem Saisonberuf verbracht.

Auch darin hat die Verordnung vom 27. August 1931 eine Änderung gebracht. Als letzte Arbeitslosmeldung, von der die Nachprüfung auszugehen hat, wurde diejenige festgelegt, die auf den Erwerb der Antwortschaft folgt.

Der Notizkalender 1932

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Taschenbuch für Verbandsmitglieder, ist versandfertig. Baldige Bestellungen beim Verbandsvorstand erwünscht. Preis 50 Pfennig.

Die Aufnahme ist die gleiche wie in den vorhergehenden Jahren, der Inhalt ist gebiegen und in technischer Hinsicht erweitert.

Bestellungen müssen umgehend aufgegeben werden, ein Nachdruck erfolgt nicht. Die geringe Auflage läßt vermuten, daß sie bald vergriffen ist!

Bildberichthwindel der WZ (WZ). In Nr. 36 der WZ (Arbeiter Illustrierte Zeitung) befindet sich ein Bild von einem Straßenbau in Lissa.

Eine Breslauer Straßenaufirma läßt die Straßen von Lissa von Frauen und Mädchen pflastern, denen sie den Hungerlohn von 35 Pfg. pro Stunde zahlt.

In der letzten Versammlung der Steinseher von Breslau wurde dieser Erguß behandelt und dazu festgestellt, daß es eine schmutzige Irreführung und blödsinnige Behauptung sei, wenn in der Unterschrift dieses Bildes gelagt wird, daß die fünf Frauen die Straßen von Lissa pflastern.

Diese ebenso dumme wie schmutzige Folgerung spricht für sich selbst und kennzeichnet den Verfasser besser als große Worte. Er wird der Bildwahrheit zuwider behauptet, die fünf Frauen pflastern die Straßen von Lissa, und dann wird erklärt, daß dies das Ergebnis der Wirtschaftsdemokratie sei.

Nachschrift der Redaktion. Die Breslauer Steinseher verlangen von uns, daß an die Redaktion der WZ eine Berichtigung gesandt wird, die in dieser Zeitung veröffentlicht werden sollte.

Zwidau. Am 15. September starb hier an Staublungem unter Kollege der Sandsteinmetz Paul Koller im Alter von 52 Jahren; 35 Jahre gehörte er dem Verbands ohne Unterbrechung an.

stelle ausgebüßt. Seit nahezu zwei Jahren kämpfte der Kollege um die Anerkennung seiner Staublungem als Berufsunfall. Er wurde abgewiesen, weil angeblich seine Erkrankung noch nicht den dritten Grad erreicht hätte; die Berufung gegen diesen Entscheid läuft noch.

Duisburg. Am 17. September verstarb plötzlich der Senior der Zahlstelle, unser Kollege Matthias Bläser. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Brandenburg. Versammlung am 6. September 1931. Auf der Tagesordnung stand: 1. Neuwahl des 1. Vorsitzenden, des 1. Schriftführers und des Kartelldelegierten.

Girlandshorf. Am 9. September hielt die Zahlstelle in Gublihs Gasthaus eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Senft-Diegnitz.

München. Die am 12. September 1931 im Gewerkschaftshaus abgehaltene Monatsversammlung befaßte sich sehr eingehend mit dem Artikel im Steinarbeiter Nr. 34 „Zum Nachdenken“ und Nr. 35 „Die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes im Rahmen des WGB seit 1928.“

Gegen Arbeitslojennot - für Wohnungs- und Siedlungsbau fand eine öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Die Kundgebung hat auf die Verantwortlichen in der Regierung und auch sonst den nötigen Eindruck hinterlassen. Die Tagespresse, fast durchweg, hat sich mit den bei der Kundgebung behandelten Fragen eingehend beschäftigt.

Der Reichsparlamentarier hat sich in seinem Gutachten über den Straßenbau in Württemberg in einer Weise geäußert, die auch auf die anderen Länder zutrifft. Es heißt darin: „In immer steigendem Maße wird sich das Bedürfnis zeigen, auch die Nachbarschaftsstraßen für den gesteigerten Kraftfahrzeugverkehr umzubauen...

Bis heute sind Maßnahmen in der ange deuteten Richtung noch nicht erfolgt. Man läßt sich eher die Dinge über den Kopf wachsen, als den entscheidenden und notwendigen Schritt zu tun. In Württemberg existiert noch eine Wegeordnung aus dem Jahre 1808, in anderen Ländern sieht es darin nicht besser aus.

Lohnraub in Rußland. Wer streift, kommt auf die schwarze Liste. Die Bolschische Zeitung, die über russische Vorgänge sich immer sehr gut informiert gezeigt hat, meldet am 18. September:

Seit der Stalin-Reform hat der Oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion jedem Betrieb Sparsamkeit und Rationalisierung der Ausgaben zur Pflicht gemacht. Viele Werke haben mit Sparen bei den Löhnen der Arbeiterschaft angefangen.

Der Moskauer Rundfunk teilte mit großer Entrüstung mit, daß in einigen Werken der Metallindustrie — und zwar in den größten — eine Anzahl Arbeiter gegen die Lohnsenkung protestiert und, angeblich aufgebracht von oppositionellen Elementen, die Arbeit niedergelegt habe.

Viele der streikenden Arbeiter sind nach den Angaben des Sowjetsenders Mitglieder der kommunistischen Partei. Ueber diese ist sofort der Parteiausschluß verhängt worden. In dem großen Kirov-Werk sind sämtliche Arbeiter, die gegen die Lohnsenkung protestierten, auf die Straße gesetzt worden.

Mikroskopische Staubbestimmung. An dem Hygienischen Institut der Universität Köln hat Privatdozent Dr. Pösch umfangreiche Untersuchungen über den Staubgehalt der Straßen — eine gewerbe- und volkshygienisch gleich bedeutsame Frage — angestellt. Die an sich üblichen gewerbehygienischen Methoden für die quantitative Erfassung von Straßenstaub konnten dabei wegen der starken Schwankungen der Mengen des in der Luft befindlichen Staubes nicht ohne weiteres angewandt werden.

Silikose. Ueber die Geseßgebung in verschiedenen Ländern hinsichtlich der Silikose unter besonderer Berücksichtigung der Entschädigung ist kurz zusammenfassend zu sagen: Zunächst wurde 1929 in Deutschland die Entschädigung der Staublunge eingeführt. Es folgten Südafrika für seine Goldminen und Großbritannien, das die Entschädigungspflicht auf alle Staubgewerbe ausdehnte.

Die Frau und die Unfallverhütung. Die amerikanische Gewerbehygiene-Zeitschrift National Safety News teilt folgende bemerkenswerte Feststellung über die Wechselwirkung zwischen Mode und Unfallverhütung mit: Die Arbeiterinnen wollen auch bei der Arbeit so anziehend wie möglich aussehen.

Sieben-Stunden-Schicht im spanischen Steinbruchgewerbe. Am 1. Mai d. J. hat die neue spanische Regierung das Ueberernehmen von Washington über die Begrenzung der Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich ratifiziert. Die Ratifikation ist ohne Vorbehalt geschehen. In Verfolg dieses Schrittes der spanischen Regierung ist dann am 1. Juli d. J. eine Verordnung über die Durchführung des Ueberernehmens in Spanien erschienen.

Christliche Gewerkschaftsarbeit

Höchst eigenartige Methoden zwecks Mitgliederfangs wendet der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, Gau Schleien, an, wobei dessen Vertreter auch nicht zurückstehen, die Interessen der Arbeiter direkt zu schädigen.

Zwischen der Firma A. Krause, Müstegiersdorf, und dem Zentralverband der Steinarbeiter wurde das seit mehr als 10 Jahren bestehende Vertragsverhältnis durch eine die Löhnsätze der Betriebsbelegschaft regelnde Vereinbarung im März dieses Jahres verlängert. Diese Vereinbarung sah vor, daß unter gewissen, genau begrenzten Voraussetzungen die Firma eine Nachprüfung einzelner Akkordsätze zum Zwecke der Reduzierung beantragen konnte.

In einem Betrieb hatten die Christen einige Mitglieder, an die sich die Firma rechtzeitig erinnerte. Schnell wurde mit dem Gewerkschaftssekretär Buschmann, Glas, ein Arbeits- und Lohnvertrag abgeschlossen und in beiden der vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands getätigte Tarif unterboten.

Damit liegt amtl. fest, daß die Christen rund 5 Prozent, teilweise sogar noch mehr Lohnraub vereinbart hatten, als der Schlichtungsausschuß für gerechtfertigt fand, wobei noch zu bedenken bleibt, daß sich der Schlichtungsausschuß durch den Verrat der Christen in einer für die Arbeitnehmer höchst ungünstigen Weise beeinflussen fühlen mußte.

Noch tiefer geht es wohl nicht mehr, und trotzdem wagt die christliche Gauleitung zu schreiben, daß es tiefere Beweggründe seien, die freiorганиisierte Arbeiter bewegen, zu den christlichen Verbänden überzutreten.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst W. Indle, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau. Vor Arbeitsaufnahme bei der Firma Joseph Dietrich, Marmor- und Granitwerke Vorkendorf, Kreis Reize (D.-S.), wird gewarnt. Die Firma ist außerstande, die Löhne zu bezahlen!

3. Gau. In Rodewitz verliert die Firma Johann Petasch, Granitsteleiferei, mit allen Mitteln die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

7. Gau. In Schwarzenbach (Oberfr.) ist die Firma Morgener & Schörner wegen Maßregelung gesperrt.

11. Gau. In Lübeck keine Steinmehlen zureifen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Verfassungen: Sonnabend, 3. Oktober: In Charlottenburg um 19 1/2 Uhr bei Köhlig, Schloßstraße 45. Sonnabend, 10. Oktober: In Zittau um 14 Uhr im Volkshaus.

München. Der Kollege Bruno Schönborn, geb. am 9. 9. 83, früher Mitglied der Zahlstelle Dschersleben, Buch-Nr. 81 422, wird dringend ersucht, die ihm in München von der Fachgruppe der Steinseher zur Heimreise geliehenen 21,85 Mark endlich zurückzugeben.

Adressenänderungen

4. Gau: Kluge, Raff.: Adolf Kersten, Wölfelstraße 1. 6. Gau: Asbach, Dorf.: Johannes Bütt, Billings i. Odenwald. 9. Gau: Neuhofstein, Westerbürg (Westertwald), Land. Raff.: Joseph Benner II.

Bücher und Zeitschriften

Einführung in die Gedankenwelt Joseph Diehagens. Von Dr. Max Apel. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin. 80 Seiten. Preis 80 Pfennig. Sozialdemokratische Lehr- und Lektürebücher, Heft 5. Da eine Einführung in die Welt der Diehagenschen Werke beabsichtigt ist, so sind vor allem die Grundgedanken hervorzuheben und in Beziehung zu den philosophischen Fragen, namentlich zur materialistischen Weltanschauung, gesetzt.

Anzeigen

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.) Aachen. Am 2. September der Steinmetz Jakob Kaiser, 51 Jahre alt, 3 Wochen krank, Lungenerkrankung.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst W. Indle, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Das Landstraßenwesen der Welt

Eine internationale Straßenübersicht
(Unbefugter Nachdruck der Uebersetzung verboten.)
(Schluß.)

Afrika. Französisch-Westafrika. Die für den Kraftwagenverkehr geeigneten Straßen zerfallen in zwei Gruppen: a) Straßen, die während des ganzen Jahres für Autovekehr mit festem Mauerwerk oder sonstiger angemessener Oberflächenbehandlung benutzbar sind. b) Straßen, die für den Kraftwagenverkehr nur in der trockenen Jahreszeit mit an Ort und Stelle gefundenem Holzmaterial für den Autovekehr verwendbar gestaltet werden. Eine dritte Art besteht in Spurlinien, die für den Autovekehr in der trockenen Jahreszeit angelegt sind und die die Hauptorte der einzelnen Bezirke dem Verkehr anschließen. Einige Straßen der ersten Art sind „interkolonial“, d. h. sie verbinden eine Kolonie mit der anderen. Sie sind 6—7 Meter breit. Bei dieser und der zweiten Art sind breite Flüsse mittels Fähren überquert. Die normale Steigung beträgt in Guinea 4, 7 oder 8 Prozent im Höchstden. In den anderen Kolonien bestehen hierüber keine Vorschriften. Der Mindestradius bei Kurven beträgt in Guinea 60 Meter, im Gebirge 30 Meter. Es gibt 3000 Kilometer Straßen der ersten und 38 000 Kilometer der zweiten Art. In der Regel erfolgt der Bau von Straßen durch die Bezirksämter. Vereinzelt sind Straßen durch das Amt für öffentliche Bauten, doch werden die Unkosten aus dem gleichen Haushaltsmittel deckt.

Südafrikanische Union. Natal. Die Hauptlandstraßen der Provinz zerfallen in die acht folgenden Bauarten: Zement- und Asphaltstraßen, 2,42 Kilometer, Asphalt 13,28 Kilometer, Matadam 6,44 Kilometer, Bitumen 12,07 Kilometer, Teer u. ä. 99,82 Kilometer. Quarz- und Hartgestein 724,50 Kilometer, Kies- und Schotter 1332 Kilometer, Erde 7674,80 Kilometer. Zusammen 9865,33 Kilometer. Bei Einbahn-Straßen beträgt die Breite vorwiegend 3,65 Meter, Vorstufen über Steigung und Krümmung bestehen hierfür nicht. Die vorschrittmäßige Breite beträgt bei Hauptstraßen 7,3 Meter in der Gerade und 9,15 Meter bei Krümmungen. Als Durchschnitt ist die Höchsteigung mit 6,7 Prozent zu erachten (1:15), aber höhere Grade werden mitunter angewendet aus wirtschaftlichen Erwägungen, und die stärksten Steigungen liegen bei 16,66 Prozent (1:6), welche so gebaltener Teilschnitt freilich befähigt werden soll. Das Nämliche ist in bezug auf die Kurven zu sagen. Hierbei gilt der Grundlag, möglichst große Radien zu schaffen, nicht schärfer als 61,97 Meter; indessen zwingen geographische und wirtschaftliche Notwendigkeiten häufiger, mit gekürzten Krümmungen sich zu bescheiden. Die allergeringste Krümmung beträgt 30,99 Meter, und auch hier ist die Befähigung derselben in die Wege geleitet. Zusammenfassend ist zu sagen: Die Provinz Natal ist ein recht bergiges Gebiet und die Bodenbeschaffenheit gestaltet Straßenbauten recht kostspielig, die Regengüsse sind halbtropische und strenge. Alle diese Umstände machen die Frage der Entwässerung recht bedeutsam, da Hunderte von Weilen bei den Straßen keinen zweckentsprechenden Unterbau aufweisen (Sand und Lehm) und der Antransport von zweckentsprechendem Material über große Strecken zu erfolgen hat.

Transvaal. Die öffentlichen Straßen der Provinz Transvaal sind durch Verordnung Nr. 5 von 1912 in drei Hauptgruppen eingeteilt: a) Hauptstraßen, die eine Breite von 100 Kap-Fuß haben müssen; b) Zweig-Straßen, die einen Zwischenraum von 50 Kap-Fuß und c) Reizege mit einer Breite von 15 Kap-Fuß. Die größte Steigung geht bis zu 6 Prozent, der geringste Kurvenradius ist in der Regel etwa 30 Meter, indessen haben die Verhältnisse dahin geführt, daß die Verwaltung schärfere Kurven einrückt. Angesichts der Notwendigkeit allmählich ein ausgebeutetes Straßennetz mit begrenzten Mitteln auszubauen, war es nicht möglich, die Straßen je nach ihrer Beschaffenheit zu verwalten. Die Politik geht dahin, das Straßennetz allmählich aufzubauen, wobei möglichst den Ansprüchen der einzelnen Bezirke Rechnung getragen werden soll. Angesichts der großen Summe, die für die Verwirklichung eines umfassenden Programms eines Straßennetzes fernhin nötig ist, war es nur möglich, vorhandene Feldwege in einem annehmbaren Zustande zu erhalten und gleichzeitig allmählich große Verkehrslinien mit Unterbau zu besetzen und die schlechtesten Abschnitte auszubessern. Außer der Hauptstraße zwischen Pretoria und Johannesburg, die matadamisiert ist auf einer Strecke von 40 Kilometer, sind die Straßen außerhalb der Städte mit Erde oder Kiesand befestigt oder regelrechte Feldwege. Der geschnittene Breitenumfang beträgt 5,4 Meter bei den Straßen, wobei in den Kurven je nach Notwendigkeit Verbreiterungen eintreten.

Ägypten. Die Hauptstraßen weisen eine regelrechte Oberflächenbehandlung auf (Schotter, Asphalt, Matadam). Provinzial- und Gemeindeftraßen sind von der betreffenden Bodenart. Die Breite beträgt bei Hauptstraßen 10—12 Meter, bei Provinzialstraßen 6—9 Meter, und bei Gemeindeftraßen 5—8 Meter. Die größte Steigung beläuft sich auf 5 Prozent. Der Mindestradius bei Kurven hat sich noch nicht feststellen lassen.

Madagaskar. Bis zum Jahre 1896, als das Land eine französische Kolonie wurde, gab es keine Straßen, die dem Kraftwagenverkehr genügt hätten. Jetzt ist das Straßennetz wie folgt eingeteilt: a) Straßen von großer Wichtigkeit, die die Mittelpunkte der Kolonie miteinander verbinden. Sie weisen Oberflächenbehandlung auf und sind in jeder Witterung benutzbar. b) Straßen von örtlicher Bedeutung, ähnlich wie zu a. c) Straßen von zweitrangiger Bedeutung, ohne eingehende Oberflächenbehandlung und nur in der trockenen Jahreszeit benutzbar für Kraftwagen. Die erste Art umfaßt 1619 Kilometer ausgebaute Strecken und einige fester Oberflächenbehandlung werden in folgende zwei Arten eingeteilt: Erste Art: Straßen von militärischer oder wirtschaftlicher Wichtigkeit, die von industriellen Mittelpunkten ausgehen. Zweite Art sind die Straßen, die überwiegend örtliche Bedeutung haben. Sie verbinden die Dörfer mit den verschiedenen Fabrik-Mittelpunkten und geben den Zugang zu den Schienen- und Wasserwegen. Beide Straßenarten sind matadamisiert oder gepflastert. Die Dide des Matadam beträgt:

Erste Klasse:	Zweite Klasse:	
Vor dem Walzen	26 cm	23 cm
Nach dem Walzen	19 cm	15 cm

Die Mindestbreite beträgt bei Straßen erster Klasse einschließlich der Seitenwege 8 Meter, bei Straßen zweiter Klasse 6,5 Meter. Die Mindestbreite der Fahrbahn selbst beträgt 4,5 bzw. 4 Meter. Alle Pflasterstraßen haben eine Wölbung von 3 Prozent. Bei beschotterten Straßen schwankt die Wölbung je nach der Art des verwendeten Stoffes. Wo grobgemahlenes Gestein verwendet ist — Granit oder Basalt — muß die Wölbung nach dem Walzen 4 Prozent betragen, und wenn eine weiche Steinart verwendet ist — Sandstein oder Kalkstein —, sind 5 bis 6 Prozent nach dem Walzen zulässig. Die Höchstmäße für die Steigerungen sind folgende:

Straßen erster Klasse	Zweiter Klasse	
1. In Ebene	3 Proz.	4 Proz.
2. In Hügelnd	4 Proz.	5 Proz.
3. Im Gebirge	5 Proz.	6 Proz.

Der Mindestradius bei Kurven beträgt für Straßen erster Klasse regelmäßig 50 Meter, bei Straßen zweiter Klasse und — im Gebirge — für Straßen erster Klasse beträgt er 25 Meter. Es waren keine statistischen Angaben erhältlich über die Zusammenlegung der einzelnen Straßen in Staats-, Bezirks- und andere Straßen.

Spanien. Die Landstraßen werden eingeteilt in eigentliche „Straßen“ benannte Verkehrswege und in besondere „Bevölkerungslinien“. Letztere sind asphaltiert bzw. matadamisiert und mit Leer oder Asphalt überzogen. Ihre Gesamtbreite beläuft sich auf 6 bis 8 Meter, der der Fahrbahnoberfläche 4,5 bis 5,5 Meter. Die größte Steigung beträgt 7 Prozent. Schätzungsweise sind rund 7000 Kilometer dieser besonderen Straßenzüge gebaut. Sie werden von einem besonders hierfür eingerichteten Behördenzweig verwaltet.

Schweden. Die öffentlichen Straßen sind in folgende vier Klassen eingeteilt: a) Hauptstraßen; b) eigentliche Landstraßen, c) Straßen zweiter Ordnung; d) Straßen in dünn besiedelten Gebieten. Hauptstraßen sind durchgehend mit Sandfies aus (Matadam-) Schotter erbaut und nur in einem geringen Umfange mit Asphalt, Gußmörtel oder Pflastersteinen überzogen. Straßenzüge in rein ländlichen Gebieten und solche, die nur dünn besiedelte Landstriche durchqueren, weisen nur Sandfies und Schotter auf. Die Breite ist bei den vier Straßenarten folgende: Hauptstraßen 6 Meter, eigentliche Landstraßen 4,5 Meter, Landstraßen zweiter Art 3,5 Meter und Straßenzüge durch schwach besiedelte Gebiete 2,5 Meter. Die größte Steigung beträgt bei den beiden ersten Straßenarten 5 Prozent und bei den letzteren 10 Prozent. Durchgehend ist das Mindestmaß der Kurven auf 300 Meter, bei der ersten Gattung, 200 Meter bei der zweiten, 300 Meter bei der dritten und 100 Meter bei der vierten Gattung festgelegt.

Vereinigte Staaten. In den Vereinigten Staaten sind insgesamt 4 854 206 Kilometer Landstraßen vorhanden, von denen 1 007 642 Kilometer mit 3 846 563 Kilometer ohne Oberflächenbehandlung sind. Hervorzuhelien sind als Straßenbaustoffe: Portland-Zement 14 733 Kilometer, Asphalt 4780 Kilometer, Matadam 103 954 Kilometer, Kies-, Sandmischung usw. 596 923 Kilometer, Sand, Lehm u. ä. 141 717 Kilometer.

Es besteht keine bestimmte Beziehung zwischen der Art der Oberflächenbehandlung und der Breite der Fahrbahn. Die Breite schwankt durchgehend je nach dem Umfange des zu bewältigenden Verkehrs, jedoch sind gewisse Grundregeln für den Bau und die Unterhaltung erlassen. Am häufigsten begegnet man einer Breite von 5,5 Meter, doch besteht neuerdings ein Bestreben in den stadtnahen Gebieten auf 6,1 Meter die Breite auszudehnen. Wenige, gerade bei den Straßen örtlicher Bedeutung, haben sogar weniger als 4,9 Meter Breite, während in der Nachbarschaft größerer Städte es sich als notwendig erwies, die Breite auf 12,2 Meter und mehr zwecks Anpassung an den Verkehr auszudehnen. Der Durchschnittsmaß, wie er nunmehr für die Breite vorgehoben ist, beträgt 3,05 Meter für die Fahrbahn allein. Daraus ergibt sich, daß für doppelspurige Straßen die übliche Breite 6,10 Meter beträgt, für Straßen für vier Wagen 12,2 Meter usw. Eine übereinstimmende Übung in bezug auf die Steigungshöchstgrenze besteht zwischen den einzelnen Bundesstaaten nicht. Die überwiegende Übung ziele 5 Prozent vor, doch sind Steigungen bis 7 Prozent nicht unüblich und in bergigen Gegenden werden noch Steigungen von 9 Prozent als nötig erachtet. Der Radius bei Krümmungen ist selten geringer als 152 Meter, bei Hauptstraßen und in einigen Staaten ist ein Mindestmaß von 304 Meter die Regel. Kurven von kürzerem Radius als 152 Meter sind nur häufiger bei Straßen örtlicher Bedeutung, auf denen sich durchgehend kein bedeutender Verkehr abspielt. Die

Der Widerstand der Ewig-Gestrigen gegen die Arbeitszeitverkürzung*

Vom ersten Tage ihres Entstehens an haben die Gewerkschaften für die Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft. Und von allem Anfang an hat das Unternehmertum dagegen den heftigsten Widerstand geleistet. Das war so vor 40 Jahren, als wir mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften (nach dem Fall des Sozialistengesetzes) begannen; das ist so geblieben all die Jahrzehnte hindurch bis zum Kriegsausbruch — und das hat sich, abgesehen von einer kurzen Zeitspanne nach dem Zusammenbruch 1918, bis heute nicht geändert.

Wie sah es damals aus? In den Großstädten nicht selten noch eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit bis zu 11 und 12 Stunden. In den Kleinstädten und der Provinz Arbeitszeiten von 13 und 14 Stunden, ja selbst Arbeitszeiten von 15 und 16 Stunden täglich und regelmäßig waren keine Seltenheit. Selbst das Baugewerbe machte davon — in Hochsommerzeiten — keine Ausnahme. Wer das bezweifelt, der lese die ersten Situations- und Jahresberichte unserer Gewerkschaften daraufhin nach, und er wird das bestätigen finden.

Wenn man andersseits die „Unternehmerpresse“ — und das war damals die gesamte bürgerliche Presse — dieser Jahre auf ihre Stellung zu dieser vornehmsten gewerkschaftlichen Forderung hin prüft, dann wird man finden, daß schon damals gegen die Verkürzung dieser Arbeitszeiten im allgemeinen dieselben Argumente geltend gemacht wurden, die heute gegen die Vierzigstundenwoche und selbst noch gegen den Achtstundentag angeführt werden. Das Unternehmertum in seiner großen Mehrheit und namentlich in seinen führenden Schichten hat in den ganzen Jahrzehnten nichts, aber auch wirklich nichts gelernt. An ihm sind alle die verschiedenen und durchaus günstigen Erfahrungen, die auch für sie mit der verkürzten Arbeitszeit verknüpft waren und sind, spurlos vorübergegangen. Mit einer Sturheit ohnegleichen hält es an dem Wahnsinn fest, daß nur eine möglichst lange Arbeitszeit uns aus der furchtbaren Not der gegenwärtigen Krise herausheilen könne.

Alle Fortschritte hinsichtlich der Arbeitszeit, die die Arbeiter-schaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaften errungen hat, sind gegen den Willen und unter oftmals schwersten Kämpfen gegen den Widerstand des Unternehmertums diesem abgerungen worden.

Wer will es also den Arbeitern und insbesondere den Gewerkschaften verargen, wenn sie nach solchen Erfahrungen die Argumentation des Unternehmertums gegen die heutige Forderung der Vierzigstundenwoche nicht allzu ernst nehmen! Wenn es allein auf die geistige Beweisführung für und gegen ankäme, dann hätten die Gewerkschaften unbedingte recht und das Unternehmertum un-recht, eben weil es auch in der Vergangenheit immer unrecht gehabt hat und weil es neue, bessere Beweisgründe, heute so wenig wie in früheren Jahren und Jahrzehnten, nicht beibringen kann. Es ist eine ganz grobmechanische Auffassung vom Wesen und den inneren Gesetzen der Wirtschaft, die sich in seiner Beweisführung offenbart, eine Auffassung, die vom kleinlichsten und engherzigsten Interessentenstandpunkt nicht loszukommen vermag und im Lohn-konto des eigenen privatwirtschaftlichen Betriebes den Mittelpunkt des Weltgeschehens erblickt.

Ja, es ist so, als ob an dem Unternehmertum die Entwicklung und Geschichte eines ganzen Jahrhunderts spurlos vorübergegangen ist. Der beliebteste und nach immer am meisten gebrauchte Ein-wand gegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist der Hin-weis auf das Ausland, wo eine noch längere Arbeitszeit bestände. Mit diesem Einwand hat sich das englische Parlament schon vor mehr als hundert Jahren auseinandergesetzt. Es war das bei der Beratung des Zehnstundentages. Natürlich war auch die große Mehrheit des englischen Unternehmertums dagegen, das sich ins-besondere darauf berief, daß in Deutschland junge Arbeiter bis zu 17 Stunden täglich arbeiten, wodurch es schon zu einer völligen Degeneration (körperliche Zurückgebliebenheit) gekommen sei. Da war es Macaulay, der den Unternehmern und ihren parlamentari-schen Sachwaltern zurief:

„Ihr versucht uns zu schrecken, indem ihr uns erzählt, in einigen deutschen Fabriken arbeiten die jungen Leute 17 Stunden von den 24, sie arbeiten so stark, daß sich dort unter Tausenden nicht einer finde, der die nötige Größe erreiche, um in die Armee aufgenommen zu werden. Und ihr fragt, ob wir uns, wenn wir diese Bill (Gesetz) annehmen, gegen derartige Mitbewerbung zu halten vermögen. Ich lache über den Gedanken an solche Mit-bewerbung. Wenn wir jemals genötigt sind, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht an ein Geschlecht entarteter Zwerge, sondern irgendeinem an Körper und Geist hervorragenden kräftigen Volke abtreten.“

So Macaulay. Seine Prophezeiung, daß England seinen ersten Platz auf dem Weltmarkt nicht einem Volke verkommenen Zwerge

* Vergleiche hierzu auch die Schrift des ADGB: „Die Vierzigstundentage. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsvertrag und Arbeitszeit.“ Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14.

Straßen findet nicht den einzelnen Behörden in Gemäßheit ihrer Bauart zugeteilt.

Argentinien. Die Straßen sind wie folgt eingeteilt: Nicht regelrecht gebaute Wege 142 148 Kilometer. Behandelte Straßen 66 000 Kilometer. Dauernde Hauptverkehrsstraßen 3520 Kilometer. — Zusammen 212 625 Kilometer.

Kanada. Das Straßennetz umfaßt insgesamt 627 737 Kilometer. Hiervon sind 288 701 Kilometer nicht näher bearbeitet, der Rest ist mit verschiedener Oberflächenbehandlung versehen. In der Provinz Ontario lautet die Vorschrift, daß, wo der Weg als eine sogenannte „Königliche Hauptstraße“ angesehen ist, die Breite von Graben zu Graben 9 Meter mindestens betragen muß, von denen 6 Meter Pflaster haben müssen. Eine Abweichung ist zu-lässig, wo die Erhöhung sich starkt; alsdann wird die Breite um schätzungsweise je 30 Zentimeter für jeweils 1,50 Meter Strecke erweitert. Wo die Grade also um 1,50 Meter in die Höhe geht, beträgt der Breitenwinkel 9 Meter. Die Provinz pflegt ihre meisten Hauptstraßen nicht mehr als 5 Prozent zu steigern. Gelegentlich ergibt sich die Notwendigkeit, bis zu 6 Prozent oder 7 Prozent zu 1000 Kilometer im Bau. Der Bau einer Anzahl von Ader-Straßen der zweiten Art ist im Gange oder vorbereitet.

Marokko (französisch). Die Landstraßen sind beschottert und, wo der Verkehr stärker ist, geteert oder mit Bitumen behandelt. Durchgehend beträgt laut Vorschrift die Breite 10 Meter mit 5 Meter Fahrbahn. Bei geringem Verkehr genügt eine Fahrbahn von 8 Meter. Die größte Steigung beläuft sich im Flachland auf 3—4 Prozent, im Hügelnd auf 6 Prozent, im Gebirge auf 7 bis 8 Prozent. Der geringste Radius in Kurven beträgt 200 Meter im Flachland und 400 Meter im Gebirge.

Syrien. Syrien hat folgende drei Arten von Landstraßen: Straßen von besonderer Bedeutung 550 Kilometer. Straßen von provinzieller Bedeutung 906 Kilometer. Gemeindeftraßen 544 Kilometer. Die Straßen der ersten Art haben eine Oberfläche von Mörtelputz oder Asphalt, die zweiten Matadam bzw. Schotter. Die Breite beträgt durchgehend 5 Meter, die Höchsteigung 10 Prozent und der Mindestradius der Kurven 8 Meter.

Wir sehen, daß die Verhältnisse im Straßenwesen bei allen Län- dern der Erde Verschiedenheiten aufweisen wie die wirtschaftliche Lage, ebenso aber auch die unterschiedlichen Geländeverhält-nisse das jeweils mit sich bringen. Alle Staaten sind sich aber augenscheinlich bewußt, welche gewaltige Bedeutung wieder der Landstraße im Zeitalter des Kraftwagens zukommt! Schade ist nur, daß aus den Länderberichten nicht genügend klar hervorgeht, wie die Art der Straßendecken beschaffen ist und wie sie sich bewähren. Der Steinpflaster kommt anscheinend bei den Landstraßen der Welt nicht die Bedeutung zu, die ihr gebührt.

würde abtreten müssen, sondern einem ihm überlegenen (oder zum mindesten gewachsenen) hat sich erfüllt. Und was er damals gelagt hat, gilt noch heute, heute sogar mehr denn je. Denn heute stellt der Arbeitsprozeß an die Intelligenz und die körperliche Leistungs-fähigkeit des Arbeiters ganz, ganz andere Anforderungen, als es selbst im damals vorgeschrittenen England der Fall war.

Und was tun heute die deutschen Unternehmer? Sie sehen sich nicht nur — wie von je! — gegen die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit zur Wehr, sondern sie versuchen auch noch mit allen Mitteln die Löhne der in Arbeit stehenden möglichst tief herab-zudrücken. Ebenso haben sie seit Jahr und Tag — und leider mit Erfolg! — darauf hingearbeitet, daß auch die Opfer ihrer ver-kehrten Wirtschaftspolitik, die Millionen Arbeitsloser, nur noch ganz minimale Unterstützung erhalten, ja Hunderttausenden von ihnen überhaupt praktisch entzogen worden ist. Die Folge ist und muß sein, daß die gesamte Lebenshaltung des arbeitenden Volkes auf ein Niveau herabgedrückt wird, das nur noch ein kümmerliches Vegetieren, keine irgendwie auskömmliche Lebenshaltung mehr ermöglicht.

In seiner Verblendung und Kurzsichtigkeit arbeitet das deutsche Unternehmertum also darauf hin, daß nunmehr früher oder später auch für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk die Kata-strophe eintreten muß, die Macaulay für England schon vor 100 Jahren ganz richtig gesehen und gekennzeichnet hat.

Freilich — es braucht nicht so zu kommen und es muß nicht so kommen: Vor hundert Jahren staken auch die englischen Gewerk-schaften noch in den Kinderschuhen. Die deutschen Arbeiter hatten überhaupt noch kein Koalitionsrecht. Schon der Versuch des ge-werkschaftlichen Zusammenschlusses wurde mit Gefängnisstrafe ge-ahndet. Es gab noch keine Sozialdemokratie, die für die politischen Rechte der Arbeiterschaft kämpfte.

Heute dagegen haben wir in Deutschland ein wahrhaft freiheit-liches Koalitionsrecht und in der Sozialdemokratischen Partei einen starken politischen Rückhalt. Wenn heute die deutschen Arbeiter von ihren in der Verfassung garantierten Rechten einen vernünftigen Gebrauch machen, dann haben sie es in der Hand, ihre völlige Ver-elendung, wie sie die Wirtschaftspolitik des Unternehmertums — vielleicht nicht immer gewollt — aber doch mit zwingender Logik herbeiführen muß, zu verhindern. Der nächste Schritte dazu ist die Vierzigstundenwoche.

Habt den Mut, sie einzig und geschlossen zu erkämpfen und ihr werdet sie haben! Es bedarf dazu nicht einmal unter allen Um-ständen des offenen wirtschaftlichen Kampfes, der ja in dieser Zeit der Millionen-Arbeitslosigkeit immer ein sehr gewagtes Unter-nehmen darstellt. Damit ist nicht gelagt, daß wir gänzlich auf ihn verzichten sollen oder wollen. Aber in diesem Zusammenhang er-hält der letzte Aufruf der Sozialdemokratischen Partei: „Gebt uns die Macht, verschafft uns die Mehrheit!“ — einen ganz realen Sinn und greifbare Tatsächlichkeit. Eine wahrhaft starke parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse, die aufbauen und nicht zerstören will, gepaart mit der auf Solidarität und Einmütigkeit beruhenden Macht der Gewerkschaften wäre in der Tat in der Lage, schon morgen die Vierzigstundenwoche zu decretieren. Es gilt für die deutsche Arbeiterklasse noch immer, heute mehr als je, das Wort Ferdinand Lassalles: „Strebt nach der Macht, so erlangt ihr das Recht!“ Und die Vierzigstundenwoche ist euer gutes Recht!

Neue Bücher und Zeitschriften

Gewerkschafts-Verstärker. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg. Jena, Septem-berheft 1931. Verlag Karl Zwarg, Verlagsschubhandlung, Jena. Jahresabonnement 3,00 Mark. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise. — Planwirtschaft. — Die Gewerkschaftspresse Deutschlands. — Die Möglichkeiten der Wohlfahrt für die Arbeiter. — G. U. Rundschau. Anmerkungen, Arbeiterkassen, Bücherchau, Anzeigen.

Die Zeitschrift wird zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Einheit der Klassen und Parteibildung. Von Bernhard Düssel. Schriftenfolge „Sozialistische Zeitfragen“. Preis 40 Pfennig. C. Rauhke Verlagsschubhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

In einem anregenderen Ueberblick über das gegenwärtige Verhältnis der Klassen kommt Düssel zu der Feststellung, daß im Hinblick auf das sozialistische Schicksal jede politische Demonstration gegen die Politik von Partei und Gewerkschaft unterbleiben müsse. Voraussetzung des Sieges des demokratischen Sozialismus sei — dies hätten alle Ereignisse der Nachkriegszeit gezeigt — die Wiederherstellung der Klassenkampftheorie Einheit des Proletariates. Aus diesem Grunde müsse alles getan werden, das Vertrauen zur Sozialdemokratie zu stärken, um so ihre äußere Position im proletarischen Gesamtinteresse zu sichern. Jedes Partei-mitglied sei verpflichtet, so zu wirken und der Idee der Gemeinschaft, vertritt in der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, wofür auch das Opfer des Intellektes zu bringen. Düssel konzentriert Darlegung mit ihrer kritischen Durch-suchung der Gegenwartsstellung der Sozialdemokratie wird zweifellos zur Ver-tiefung der Parteidebatten beitragen.

Sung sein, heißt: Mit starken Händen fest das schwerste Schicksal packen
Sung sein, heißt: Die Welt zu heben aus den Angeln, wenn sie rosten

Der Jugend

Fülle die Jugend mit würdigem Stoff, und in froher Begeisterung
lehre sie glänzen. Die Kritik kommt mit den Jahren von selbst.

Freudig mußt Du vorwärts streben!

Freudig mußt Du vorwärts streben,
Sollst im Leben Du erleben,
Was des Lebens wert!
Willst Du dieses Leben meistern,
Mußt Du Dich zur Tat begeistern,
Die das Dasein ehrt!

Und die Tat darf nicht von Schlechtem,
Muß allein von zwingend Rechtem
Eingegeben sein!
Willst Du wahrhaft Edles pflanzen,
Darfst Du dienen nur dem Ganzen —
Dann nur ist Dein Streben rein!

Nur wer selbstlos für das Ganze
Schlägt sein Können in die Schanze,
Dient dem Ganzen recht!
Wer dagegen nur aus Selbstsucht
Handelt, dem gebriehs an Selbstsucht,
Und sein Wirken ist nicht echt!

Darum strebe nur fürs Ganze!
In dem ersten Waffentanz
Für der Arbeit Recht
Bahnt der Freiheit eine Gasse
Nur die Einigkeit der Masse,
Der man dienet schlägt und echt!

TaeFs.

Der Kampf der Ideen miteinander

Eine Idee lebt nur dann, wenn sie wirkt und sich ausbreitet.
Wer einige Jahrzehnte zurückdenkt, erkennt leicht, daß die Idee des
Sozialismus und die der Gewerkschaften gewirkt hat, außerordent-
lich kräftig gewirkt hat. Und ausgebreitet hat sie sich ebenso kräftig
in dieser Zeit. Demnach pulst zweifellos im Sozialismus ein sehr
kräftiges Leben. Angefacht wurde dieses Leben aber zu allen Ent-
wicklungszeiten der sozialistischen Idee durch die Verbannung. Alle
großen Gedanken sind durch Verbannung weitergetragen worden. Und
durch Kampf. Eine Idee bekämpfen heißt sie stärken. Oder, wenn
sie wertlos ist, töten. Eine Idee, die so viel Kampf und Befehdung,
bald offen, bald verdeckt, siegreich bestanden hat wie der Socialis-
mus, einschließlich der freien Gewerkschaften, hat ihre Lebensnot-
wendigkeit und ihre Lebensstärke hinlänglich bewiesen. Aber das
allein ist noch keine sichere Gewähr dafür, daß sie einmal ganz die
Verhältnisse der Zukunft gestalten kann. Viel hat sie bereits
bessernd umgestaltet und neugeschaffen. Dennoch ist es erst wenig,
an den Zielen gemessen, die verfolgt werden. Der soziale Gedanke
hat eine gewisse Wirkung auf das Leben der sogenannten Kultur-
menschen erlangt. Er gibt aber keineswegs diesem Leben die
Richtung und den Inhalt. Nicht einmal in den Kreisen der
Sozialisten selbst. Das Ideal ist viel zu hoch und schön, um von
allen vollständig begriffen zu werden. In den meisten Menschen
unserer Zeit steckt tief innerlich ein gut Teil Klein-, ja sogar Spieß-
bürgertum. Alles denkt und strebt selbst- und gewinnlüchtig. Die
gesamten Lebensverhältnisse drängen ja dazu. Sozial denken und
handeln bedeutet in unserer Welt des verkümmerten Tauges um
das goldene Kalb" veredelt, emporentwickeltes Menschentum.
Sozialismus ist ja weit mehr als Parteisache oder die gewerkschaft-
liche Lebenspraxis; Sozialismus ist vor allem zunächst Welt-
anschauungsweise, Lebensauffassung, Menschbewertungsempfinden.
Sozialismus ist die Ueberzeugung, daß das Fehlerhafte und
Schlechte, das die Menschheit bedrückt und im Aufsteig hemmt, nur
dann überwunden oder nach und nach wenigstens bedeutend ver-
ringert werden kann, wenn das Leben anders als erwerbslüchtig
angesehen wird. Der Erwerbstrieb ist im Laufe der Jahrhunderte
entartet. Ganz besonders unter der Herrschaft des liberalistischen
Lebens- und Wirtschaftsgrundgesetzes, mit seinem rohen und gewalt-
tätigen Inhalt: „Jeder ist sich selbst der nächste!“ Diese Verherr-
lichung persönlicher Schucht hat das ganze Denken der Zeit ver-
giftet. Und aus dem vergifteten Denken sind die vergifteten Taten
entsprungen, entspringen sie noch fortgesetzt. Die persönliche Schucht
wurde zur organisierten Schucht ganzer geschäftsstreberischer
Klassen. Hier stehen wir heute. Und wichtiger als je zuvor wird
von Tag zu Tag der sozialistische Kampf um den geistig-sittlichen
und kulturellen Fortschritt der Menschheit.

Nie war dieser Fortschritt mehr gefährdet als jetzt im Zeitalter
der erwerbstätigen, preisbestimmenden, warenvertuernden Kar-
telles. Selbst Wirtschaftskrisen reinigen heute nicht mehr den schmutz-
überwucherten Boden des Liberalismus. Die Not der Massen
wird zur Dauernot, wenn die Unerkenntnis des liberalistischen
Wirtschaftens nicht mehr von Zeit zu Zeit an sich selbst zerbrechen
kann. Die Wirtschaftskrisen verbinden aus Erwerbsgrund das
Sterben des Krankhaften, Veralteten, Entwicklungsunfähigen.
Sie stützen so die Unfähigkeit und ertöten damit das Leben. Es ist
ja gar nicht vorstellbar, welche Riesensumme von vollständiger Un-
fähigkeit in deutschen Unternehmer- und Händlerkreisen vorhanden
ist. Ein verlagerter Glanz der Unfähigkeit und Zuverlässigkeit liegt
noch auf der heutigen Geschäftswelt aller Grade und Klassen. Die-
jenigen, die etwas tiefer die Dinge durchdringen, wissen, daß außer-
ordentlich viel davon abhängt, daß dieser täuschende, irreführende
Glanz unter allen Umständen erhalten wird. Nur der privatkapita-
listische Unternehmer, Vermittler, Händler kann was, weiß was,
will was — so sagt man auf Schritt und Tritt den fast ahnungs-
losen Massen; nicht etwa in plumpen, deutlichen Worten. Das
würde zu sehr auffallen und vielleicht gerade zum Nachdenken an-
reizen. Nachdenken aber fürchtet der Kapitalismus mehr als alles
andere. Darum ist man sehr vorsichtig, wenn man sich selbst lobt,
sich selbst herausstreicht, sich selbst mit dem blendenden Licht der
Unfähigkeit und Zuverlässigkeit übertrahlt. Es wird in der Regel
der mittelbare Weg der Verachtung und Verleumdung der auf Ge-
meininn und Dienst an einem Ganzen eingestellten Wirtschafts-
und Arbeitsweisen gewählt, wenn man die Vorzüglichkeit des an-
geklagten individualistischen Wirtschaftens herausstreichen will. Wie
dieses Wirtschaftens in seinen auf das denkbar ängstlichste geheim-
gehaltenen Einzelheiten aussteht, das würden die allermeisten,
können sie es einmal in seiner ganzen Nahtzeit sehen, einfach nicht
für mögliche Wirklichkeit halten. Walter Rathenau war ein edler
und kluger Mensch. Daß aber die Preise, die die Verbraucher dem
Unternehmer- und Händlerkreise zahlen müssen, zum allergrößten
Teil aus Arbeitslohn bestehen, wie er sagte, ist durchaus unzutref-
fend. Sie bestehen bei den meisten Waren zum größeren Teil aus
Aufschlägen zum Selbstkostenpreis. Diese viel zu hohen Aufschläge
sind gewöhnlich recht zahlreich, weil der Weg, den die Ware durch-
läuft, viel zu umständlich und lang ist. Und obendrein sind noch die
Selbstkosten organischer Wirtschaftsjehler wegen viel zu hoch, sowohl
die Selbstkosten in der Erzeugung als auch die Selbstkosten in der
Verteilung, Handel genannt.

Der Sozialismus will unendlich viel mehr als die Verbesserung
der Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen, obgleich die
meisten notgedrungen Menschen dies als das Wichtigste ansehen.
Der Sozialismus will Wahrheit und Klarheit, Ueber-
sichtlichkeit, Sicherheit, Ordnung, Ehrlichkeit,
Zweckmäßigkeit, Vernunft in alle Arbeit bringen, die
die Menschen nähren und weiterbringen muß. Das Unerrech-
liche, Wertvollste, Edelste für das menschliche Zusam-
menleben ist die Arbeit. Aber es soll und muß wirkliche, fruchtbare,
nützliche Arbeit sein, eine Arbeit, die allen zum Vorteil gereicht
und nicht nur gerade denen, die sie ausführen. Die harmlosen, gut-
gläubigen Massen würden gewaltig staunen, wenn sie hinter die
Kniffe und Schliche kämen, die im Geschäftslieben gang und gäbe
sind. Sie würden aber vielleicht noch mehr staunen, wenn ihnen

einmal an praktischen Beispielen aus dem Leben gezeigt würde,
wie viel einfacher, sinnvoller und kostensparender die sogenannte
Volkswirtschaft sein würde, wenn nicht der Erwerbsgedanke, son-
dern der gemeinnützige Dienstgedanke sie beherrschte würde, wie
es der Sozialismus will und wie es durchaus möglich gemacht wer-
den könnte, wenn auch nicht von heute auf morgen. Einen anderen,
einen menschenverbindenden, menschenverbessernden, menschenrecht-
tugenden Geist in die Arbeit hineinbringen heißt die Früchte des
gemeinsamen Dienstes für die Kulturhebung aller ganz gewaltig
steigern. Und auf die reichere Ernte, die die Arbeit liefern kann,
kommt alles an. Die sozialistische Idee wurzelt in der Arbeit.
Aus ihr entspringt sie, und sie zielt ab auf die Verwirklichung
und Verschönerung der Arbeit. Das vor allem muß der heute mit
allerhand Wahndeeen bestürzte Arbeiter wissen.

A. S.

Die Kriminalität der Jugend

Reaktionäre und Spießer stimmen seit Jahren ein wüstes Ge-
schrei über die Verwahrlosung und Verlotterung der heutigen
Jugend an, der die strenge Erziehung fehle und die daher nicht mehr
weiß, was Recht und Unrecht ist. Die Jügellosigkeit und Ver-
wilderung der Jugend, wie sie heute sei, wäre früher nicht möglich
gewesen, denn damals hatte man noch Militär, wo der Jugend
Schliff und Arbeitswille beigebracht wurde. Die Tatsachen sagen
jedoch etwas anderes. Ueberprüft man die Statistik über die
Kriminalität der Jugendlichen, dann zeigt sich rein zahlenmäßig
eine wesentliche Verbesserung. Tatsächlich wurden vor dem Kriege,
wie die nachstehende Uebersicht zeigt, mehr Jugendliche wegen
krimineller Vergehen verurteilt als heute. Möglich, daß vor dem
Kriege eine strengere Rechtsprechung auf diesem Gebiete waltete,
möglich auch, daß geringfügige Vergehen strenger geahndet wor-
den. Unter Berücksichtigung der veränderten Lebensverhältnisse
bleibt dennoch aber die Tatsache einer erheblichen Besserung be-
stehen. Es wurden Jugendliche verurteilt wegen

	1913	1923	1927
Diebstahls	28 641	63 413	12 141
Körperverletzung (schwere)	6 594	1 162	1 204
Unterdrückung	2 735	3 278	1 153
Sachbeschädigung	2 948	1 527	885
Betruges	1 781	1 544	869
Schleherei	1 463	4 306	496
Urkundenfälschung	956	835	428
Beleidigung	1 366	669	400
Körperverletzung (leicht)	948	247	375
Hausfriedensbruch	948	495	215
Brandstiftung	116	46	151
Abtreibung	102	128	129
Gewalt gegen Beamte	337	424	120
Unzucht	1 011	597	109
Vergehen von Glücksspielen	7	1 861	83
Nötigung und Bedrohung	397	191	83
Raubes	136	81	43
Verletzung der Eidspflicht	51	29	39
Mordes und Totschlags	31	22	17
Arrestbruchs	17	18	4

Die Kriminalität ist in fast allen angeführten Delikten gesunken.
Das Geschrei von der Verwilderung der jetzigen Jugend müßte
angehört werden dieser Tatsachen jah verstummen. Bei Diebstahl,
Körperverletzungen, Unzucht, Sachbeschädigung und Schleherei ist der
Rückgang der Kriminalitätsziffer ganz bedeutend. Nur bei Ver-
gehen gegen Glücksspiel, Abtreibung und Brandstiftung zeigt sich
eine Steigerung.

Die heutige Zeit mit ihrer tiefen Massenarbeitslosigkeit und
dem unbefriedigenden Wohnungselend bietet der Jugend in sitt-
licher Beziehung wenig Gutes. Die Gefahr der Verwahrlosung
liegt in den sozialen Verhältnissen begründet. Mit Schimpfen auf
die Zustände ändert man die Lage nicht, und was bisher von
bürgerlicher Seite zur Beseitigung der Gefahrenherde getan wurde,
ist nicht geeignet, der Verwilderung vorzubeugen. Aufhebung der
sozialen Fürsorge für die Jugendlichen bringt neue Gefahren, zu-
mal auch die Eltern bei der Verschlechterung der Einkommens-
verhältnisse keine Stütze sein können. In Zeiten wirtschaftlicher
Krisen schwilt die Kriminalität im allgemeinen sprunghaft an.
Das zeigen uns die Ziffern über die Verurteilungen im Jahre
1923. Vorbeugen ist der sicherste Ausweg, um die Kriminalität
einzudämmen. Gute Belehrungen, weise Ermahnungen und Hin-
weise auf die „gute alte Zeit“ werden wenig fruchten, wenn die
wirtschaftlichen Verhältnisse täglich Jugendliche ins Unglück
stürzen.

Die Gesellschaft macht sich schuldig, wenn sie Zustände duldet,
die die Kriminalität vermehren. Die Abkehr von der alten Auf-
fassung ist das Gebot der Stunde. Man wirft der sozialistischen
Bewegung vor, sie trage mit ihrer Erklärung der sozialen Hinter-
gründe der Kriminalität dazu bei, daß die Jugendlichen entleeren.
Indem sie sagen, die wirtschaftlichen Verhältnisse seien schuld, ent-
behrte sie den Jugendlichen der Verantwortung für sein Vergehen.
Ganz falsch ist diese Auffassung. Wohl nirgendwo wird mehr
getan für die Belehrung der erwachsenen Jugend als in den Ge-
werkschaften und der sozialistischen Bewegung überhaupt. In
Vorträgen, Schriften und Kursen wird die Jugend ermahnt, zu-
lehrt und auf den richtigen Weg gewiesen. Darüber hinaus wird
aber auch auf die Ursachen solcher Erscheinungen hingewiesen und
betont, daß diese beseitigt werden müssen. Die sozialistische Be-
wegung schafft damit Kämpfer für die Beseitigung krimineller
Vergehen, während die bürgerlichen Quackfalter sich mit weifen
Ermahnungen begnügen. Ein Jugendlicher, der in den Reihen
seiner Arbeitkollegen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse
der Arbeiterklasse kämpft, tut mehr für die Herabminderung der
Kriminalität als ein Verein rüdfständiger Sittlichkeitsapostel.

Auch die Einrichtung von Jugendheimen, Wanderheimen usw.
sind geeignete Vorbeugungsmittel. Man muß der Jugend die
Möglichkeit zur Betätigung geben und sie nicht den Gefahren der
Straßen überlassen. Hier muß die Bekämpfung der Jugend-
kriminalität einsehen, dann werden sich die Früchte bald zeigen.
En.

Wofür gibt der Amerikaner sein Geld aus?

Im amerikanischen Staate Ohio besteht eine Kommission für
ärztliche Erziehung. Deren Vorsitzender, Dr. Rappleye, gibt jetzt
in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine Uebersicht über die Kosten
der ärztlichen Behandlung in Amerika. Deren Vergleich mit den
übrigen Ausgaben des amerikanischen Haushalts ist recht interessant.
Für Werte gibt der Amerikaner hiernach mit seiner Familie
96 Mark jährlich aus. Für Krankenhauspflege betragen die Kosten
nur 60 Mark. Der Zahnarzt erhält von der amerikanischen Durch-
schnittsfamilie 24 Mark. Alles in allem zahlt die Familie jährlich
für Arzt, Medizin, Pflege, Krankenhaus usw. 320 Mark.

Während der Arzt in dieser Summe mit 96 Mark vertreten ist,
gibt die amerikanische Familie für Süßigkeiten im Durchschnitt
148 Mark aus. Und während die Krankenpflege nur 32 Mark er-
fordert, stellen Seife und Schönheitspflege (Puder, Hautcreme usw.)
60 Mark.

Daß die Lebensführung drüben ganz anders als bei uns ist,
zeigt auch der Posten für das Auto, das von der Durchschnitts-
familie jährlich 600 Mark verlangt. 148 Mark kostet der Posten
Benzin, 268 Mark der Tabak, und Limonade, Eiscrème und Kau-
gummi sind mit 132 Mark vertreten.

Durch die Verschlechterung der sozialen Lage, besonders der Ar-
beiterschaft, die inzwischen eingetreten ist, wird der Durchschnitts-
verbrauch heute anders sein, aber die Zahlen beweisen doch, daß
der Amerikaner eine ganz andere Lebensauffassung und einen
ganz anderen Lebensinhalt hat als der Durchschnittsdeutsche.

Waisenrente und Kinderzuschuß für Lehrlinge

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung hat die
Invalidenversicherung Waisenrente bzw. Kinderzuschuß zu einer
Invalidenrente für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre
zu gewähren. Erhält das Kind über dieses Lebensalter hinaus
Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente bzw. der Kinder-
zuschuß über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt. Die Zahlung
erfolgt dann solange, als diese Ausbildung dauert, längstens
jedoch bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. Diese Vorschrift
erscheint so klar und deutlich, daß Zweifel an ihrer Auslegung an-
scheinend schwerlich auftreten können. Dennoch ist dies der Fall.
So hat das Reichsversicherungsamt unterm 12. Dezember 1930
folgende wichtige Entscheidung gefällt: „Wird ein Lehrling wäh-
rend eines Lehrvertrages nicht beschäftigt, so befindet er sich nicht
in Berufsausbildung, weil Zeit und Arbeitskraft nicht in Anspruch
genommen werden.“ Diese Entscheidung ist für die davon Be-
troffenen von der allergrößten Bedeutung. Es braucht wohl nicht
erst darauf hingewiesen werden, daß sie eine ungeheure Ver-
schlechterung bringt. Gerade in den heutigen schweren Zeiten ist
es durchaus nicht selten, daß ein Handwerksmeister einen Lehr-
ling während der stillen Monate nicht beschäftigen kann. Kommt
dies auch besonders für das gesamte Baugewerbe in Betracht, so
kann dieser Fall jedoch auch in jedem anderen Beruf eintreten.
Kann ein Lehrling also nicht beschäftigt werden, so werden für
diese Zeit aus der Invalidenversicherung auch keine Renten ge-
währt. Aus der Begründung zu dieser Entscheidung sind folgende
Ausführungen erwähnenswert: „Die Zeit, während welcher das
Lehrverhältnis nur rechtlich besteht, kann als eine Zeit, in der
das Kind im Sinne des Gesetzes eine Berufsausbildung erhält,
schon deshalb nicht angesehen werden, weil eine wesentliche Vor-
aussetzung für die Gewährung des Kindergeldes bzw. der Waisen-
rente fehlt, daß nämlich die Ausbildung die Arbeitskraft des
Kindes überwiegend in Anspruch nimmt.“ Diese Entscheidung ist
wohl so klar und deutlich, daß sie weiter keiner Auslegung bedarf.
Werden schon durch die Notverordnungen die Ansprüche der Ver-
sicherten arg eingeschränkt, so scheint die Rechtsprechung auch ihr
Teil dazu beizutragen, daß es den armen Rentenempfängern nicht
zu wohl wird.

Al-s.

Für Geisteshungrige

In der Zeitschrift „Freie Gewerkschaftsjugend Berlin“ vom
Juli 1931 macht W. Fiedler folgenden anregenden Vorschlag:

In einer Zeit der großen Wirtschaftsnot ist es nicht als Wunder
zu nehmen, wenn der Bildungshunger der Jugend eine beträcht-
liche Einschränkung erfährt. Umwelt und Eigenleben lassen
Energien verkümmern. Kummer und Sorge um das Morgen
schaffen eine Atmosphäre, die es manchem unmöglich macht, Bil-
dungssstätten aufzusuchen, sich an Bildungskursen zu beteiligen.
Ein leichter Roman, Kurzgeschichten, werden mit einigem Span-
nungsaufwand gelesen, Schriften, die in leichtgriffigem Format,
jederzeit aufgeschlagen, eine leichte Anregung geben. Vieles wird
davon erborgt. Doch Borgen schafft Sorgen, das Gekleidene findet
nicht immer zum Besten zurück; manigfach sind hier die Ursachen,
die neuen zum bestehenden Verdruß schaffen.

Das moderne Bibliothekswesen hat hier wohl einen Ausweg
geschaffen, doch die Nachfrage nach leicht eingehender Lektüre ist so
groß, daß nicht jedem Wünsche Rechnung getragen werden kann.

Die Wanderbibliotheken der FGJ. geben uns am leichtesten die
Möglichkeit, für den geisteshungrigen Kollegenkreis Hilfe zu sein.
Die Stoffgebiete und Auswahl der Bücher sollen und wollen
Helfer sein, den zeitgemäßen Wünschen der Bildungs- und Erkennt-
niswilligen Rechnung zu tragen.

Dort finden wir jene Bücher und Schriften im Taschenformat;
sie sind die Freunde unserer schweren Zeit. Eine Gruppe sei heute
herausgegriffen. Es ist die „Urania“, kulturpolitische Monatshefte
über Natur und Gesellschaft. In Monatsheften und Buchgaben
ist hier der Sinn der Zeit in seinen neuesten Erkenntnissen
zusammengetragen. Hier werden für uns die geistigen Magen-
fragen gelöst. Hier fällt das Privilegium odiosum, das geistige
Vorrecht auf Sattheit. Seit sieben Jahren hat es die „Urania“-
Verlags-Gesellschaft verstanden, dem Kulturwillen der neuen Zeit
Rechnung zu tragen. Unter den Ansprüchen auf Wissen, Bildung
und Kultur gerecht zu werden, wird hier eine Fülle von Material
zusammengetragen. Kenntnisse und Erkenntnisse durchleuchtet und
kommender Zeit werden gesellschaftswissenschaftlich behandelt. Die
Zusammenhänge von Natur und Gesellschaft zergliedert, geordnet
und eingereicht in Wissensgruppen, um so dem Geistes-
hungrigen kulturell in seinem persönlichen Ringen weiterzuhelfen.

Eine Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter steht der „Urania“ zur
Seite. Zeitschrift und Buchgaben zeugen so von ernster
Erkenntnisarbeit. In allgemeinverständlicher, anschaulicher und
sesselnder Art wird hier das soziologische Fundament für alle
Wissensgebiete gelegt. Kulturgeschichte, Geographie, Völkerkunde,
Wirtschaft, Technik, Biologie, Körperkultur, Dichtung u. a. m.
finden wir behandelt.

Hier Kollegen und Kolleginnen greift zu, Freude und Ent-
spannung werden ihr finden, euren Hunger nach exaktem sozialisti-
chem Wissen stillen. Benutzt das Vorhandene in den Wander-
bibliotheken.

Doch jede Gruppe sollte selbst den Versuch unternehmen, durch
„Urania“-Bände einen Grundstock zur Eigenbibliothek zu schaffen.
2,70 Mark im Vierteljahr durch Sammlung aufgebracht, gibt die
Möglichkeit, allen Gruppenmitgliedern die Urania-Bände in die
Hand geben zu können. Ist dieser Weg beschritten, so dürfte bald
auch mancher zum Eigenabonnement greifen. Macht den Versuch,
für den Vollenden ist auch ein Weg.

JugendSprüche

Wer wollte sich mit Grillen plagern
Solang' uns Lenz und Jugend blühen? S ö l t y

Weg mit den Grillen und Sorgen,
Brüder, es lacht ja der Morgen
uns in der Jugend so schön! A u g. M a h l m a n n

Im Kreis der Jugend muß man weilen,
der Jugend Lust und Freuden teilen;
wer das vermag, der wird bewahren
ein junges Herz bei grauen Haaren. W i l h. J o r d a n

Trunken müssen wir alle sein!
Jugend ist Trunkenheit ohne Wein. G o e t t e

An eine bestimmte Adresse

Gönn' du der Jugend ihre Freude!
Sie hat noch keine Blume weggefreut,
noch keine Lerche aus der Luft, kein Lied,
noch keine Flöte fortgetanzt! Sie läßt
das Schöne, Holde alles da! Sie selbst
nur schwirrt im Herbst nachts wie die Schwalbe fort —
und Stille herrscht am Morgen um das Haus.